Arbeitslosigkeit: Grundübel des Kapitalismus

Beilage

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 21 vom 24. Mai 1975 9. Jahrgang 50 Pfennig

Nieder mit der US-Aggression gegen Kambodscha

Unterstützt das freie Kambodscha

In der Nacht zum 15. Mai haben die amerikanischen Imperialisten brutal das freie Kambodscha überfallen. Ihre Flugzeuge bombardierten den Flughafen des Küstenortes Ream und zerstörten die in der Nähe gelegene Erdölraffinerie vollständig. Der Flugzeugträger „Coral Sea", der Zerstörer „Holt" und eine Reihe anderer Kriegsschiffe der 7. Flotte dienten den amerikanischen Imperialisten dabei als Ausgangsbasis und als Stützpunkt für die Invasion von über 1 000 Marineinfanteristen auf die Insel Koh Tang. Sie wollten das Schiff „Mayaguez" wieder in ihre Gewalt bringen, aber in Wirklichkeit war das nur ein Vorwand für eine von langer Hand geplante Aggression gegen das freie Kambodscha.

In der Manier eines Diebes, der „Haltet den Dieb!" schreit, haben die amerikanischen Imperialisten die Königliche Regierung der Nationalen Union von Kambodscha (GRUNK) der Piraterie, der Verletzung der Freiheit der Meere und der friedlichen Schiffahrt beschuldigt und eine zügellose Propaganda entfacht, um ihren Angriff gegen Kambodscha vor der Weltöffentlichkeit zu rechtfertigen. Inzwischen sind allerdings genügend Tatsachen bekannt geworden, die beweisen, daß sie Lügner und Aggressoren sind.

Was hat denn die „Mayaguez" in den Küstengewässern Kambodschas, in der Nähe der Insel Koh Tang zu suchen gehabt? Die amerikanischen Imperialisten haben anfangs behauptet, das Schiff habe sich in internationalen Gewässern befunden und sei zudem nur ein einfaches friedliches Handelsschiff. **Wenig später mußten sie allerdings selbst zugeben, daß die „Mayaguez" bis oben hin mit Waffen vollgepackt war und es kam heraus, daß sie in direktem Auftrag des Pentagon auf die Reise geschickt worden war.** Die amerikanischen Imperialisten mußten auch zugeben, daß die „Mayaguez" keineswegs auf offener See aufgebracht worden war, sondern sich innerhalb der 12 Meilen-Zone aufgehalten hat, die von Kambodscha schon 1969 zu seinem Hoheitsgewässer deklariert worden war. Nunmehr erklärten sie frech, daß sie die 12 Meilen-Zone nicht anerkennen würden und nahmen sich das Recht heraus, unter der Tarnkappe der „Freiheit der Meere" willkürlich die Souveränität anderer Länder verletzen zu können.

Angesichts dieser Tatsachen schreibt sogar die „Süddeutsche Zeitung": „Ein ungelöstes Rätsel bleibt vorerst auch, warum das Pentagon das in seinem Auftrag fahrende Schiff die Route an Kambodscha vorbei passieren ließ, obwohl für das Aufbringen bereits mehrere Präzedenzfälle vorlagen." Es handelt sich dabei um südkoreanische, panamesische und thailändische Schiffe, die Anfang Mai von der kambodschanischen Marine in den Hoheitsgewässern Kambodschas gestoppt und zum Verlassen der Hoheitsgewässer aufgefordert wurden. **Allerdings handelt es sich bei der Fahrt der „Mayaguez" nicht um ein „ungelöstes Rätsel", sondern um eine gezielte Provokation der amerikanischen Imperialisten, die sorgfältig geplant und im Bewußtsein der Folgen durchgeführt wurde, um einen Vorwand für militärische Angriffe gegen das freie Kambodscha zu schaffen.**

Die amerikanischen Imperialisten waren von Anfang an entschlossen, ihre geplante Aggression um jeden Preis auch durchzuführen. Niemals, so geiferten sie von Anfang an, würden sie „nachgeben", sofort trafen sie alle Vorbereitungen für eine militärische Aktion und beorderten eine relativ große Streitmacht vor die Küste Kambodschas. Als die GRUNK um 6 Uhr morgens Ortszeit öffentlich erklärte, daß sie die „Mayaguez" freigibt und die amerikanischen Seeleute bereits freigelassen worden waren, erteilte US-Präsident Ford den Angriffsbefehl, ließ seine Marineinfanteristen auf Koh Tang landen und die Erdölraffinerie und den Flughafen von Ream bombardieren, nachdem er schon am Tag zuvor die Versenkung von drei kambodschanischen Schiffen befohlen hatte. **Der Angriffsbefehl und die Bombardierung geschahen nach der Freigabe des Schiffes und der Seeleute, das ist selbst durch die in verschiedenen bürgerlichen Zeitungen veröffentlichten Zeitpläne über den Ablauf der Operation eindeutig bewiesen.**

Fortsetzung auf Seite 2



Kundgebung der Partei am 16. 5. in Dortmund

Delegation des ZK der KPD/ML in der VR China empfangen

Der stellvertretende Vorsitzende der Abteilung für internationale Beziehungen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas gab ein Bankett zu Ehren der Delegation der Kommunistischen Partei Deutschlands/ Marxisten-Leninisten, die von Vorsitzendem Ernst Aust geleitet wird. Während des Banketts führten die chinesischen Genossen und die Delegation der Partei herzliche und freundschaftliche Gespräche, bei denen auch die Genossen Liu Keh-ming und Ku Li-hong, Verantwortliche der entsprechenden Abteilungen, anwesend waren. Die Delegation der KPD/ML war am 11. Mai in Peking eingetroffen.

VR China unterstützt Einheit Europas

Um den Zusammenschluß der westeuropäischen Länder gegen die beiden Supermächte USA und Sowjetunion zu unterstützen, hat die VR China in den letzten Tagen wichtige Schritte unternommen.

Am 10. Mai traf in Paris der stellvertretende chinesische Ministerpräsident Teng Hsiao-ping zu Gesprächen mit der französischen Regierung ein. Zwei Tage zuvor hatte die VR China mit dem Vizepräsidenten der EWG-Kommission, Soames, in Peking die offizielle Anerkennung der EWG durch die VR China vereinbart und die Entsendung eines Botschafters beschlossen.

Der Vizepräsident der EWG-Kommission, Soames, war auf Einladung des chinesischen Volksinstitutes für auswärtige Angelegenheiten mit einer Delegation am 4. Mai in Peking eingetroffen, wo er freundliche Gespräche mit Ministerpräsident Tschou En-lai, dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Li Hsien-nien und dem Außenminister Chiao Kuan-hua über viele internationale Fragen sowie über die Beziehungen zwischen der VR China und der EWG führte.

In einer Pressekonferenze in Peking erklärte Soames anschließend.

Fortsetzung auf Seite 2

Streik bei Dynamit Nobel

28 türkische Arbeiter verhaftet

Ca 50 türkische Kollegen der 2400 Mann starken Belegschaft der Munitionsfabrik Dynamit Nobel AG in Fürth streikten am Montag und Dienstag letzter Woche gegen die Entlassung von 19 deutschen, griechischen und türkischen Kollegen und gegen weitere geplante Massenentlassungen. Mit brutalem Einsatz der Polizei ist gegen die streikenden türkischen Kollegen vorgegangen worden. Ca 31 Arbeiter wurden festgenommen, gegen 28 ist Haftbefehl und Anklage wegen Landesfriedensbruch erhoben worden.

Am Mittwoch, den 7. Mai, erhielten die ersten ausländischen Arbeiter ihre Kündigung per Post. Die türkischen Kollegen, die zusammen in einem Heim wohnen, wandten sich an ihre türkische Betriebsrätin, die auch dort wohnt. Die türkische Betriebsrätin organisierte mit den türkischen Kollegen sofort eine Versammlung, auf der der Streik beschlossen wurde.

Am Montag morgen, zu Beginn der Frühschicht, begann der Streik. Transparente wurden vor dem Tor entrollt, Parolen gerufen. Von Anfang an versuchten die Betriebsräte, unter ihnen auch ein D'K'P-Betriebsrat, den Streik abzuwürgen. Die türkische Betriebsrätin wurde nicht einmal über die Kündigung der 19 ausländischen Arbeiter informiert, obwohl sie im Personalausschuß des Betriebsrates sitzt. Ständig versuchten der Betriebsrat und die D'K'P-Revisionisten die türkische Betriebsrätin an den Verhandlungstisch zu locken. Sie ließ sich aber auf ein Geschacher um die Interessen der türkischen Kollegen

Fortsetzung auf Seite 3

AUS DEM INHALT

Erklärung der KPF/ML zum Besuch einer Delegation der VR China in Frankreich 2
Kommunistischer Arzt entlassen ... 4
Neue Bücher aus der VR China: „Bericht über Dungting" und „Rote-Fahne-Kanal" 4
Kissinger-Besuch in Bonn und Westberlin 5
SU-Spionage gegen Westeuropa ... 5
Moskau unterstützt die israelischen Zionisten 5
„K"B-Führer vor dem Karren des Sozialimperialismus ... 5
15 Jahre für die Mörder von Vast — Empörung erzwingt Verurteilung ... 6
Haftbefehl gegen Rechtsanwalt Haag 6
Glänzende Siege des laotischen Volkes 7
45 Jahre KP Malayas 7

VR China unterstützt Einheit Europas

Fortsetzung von Seite 1

daß beide Seiten eine Übereinkunft erzielt haben über die Aufnahme offizieller Beziehungen. Er versicherte, daß alle Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft die Volksrepublik China als die einzige rechtmäßige Regierung anerkennen und daß die Gemeinschaft keine offiziellen Beziehungen zu Taiwan aufnehmen und nicht in irgendwelche Abkommen mit Taiwan treten würde.

Auf dem Abschiedsbankett, das Soames in Peking gab, hob Li Chiang, Minister für auswärtigen Handel, die Bedeutung des Zusammenschlusses der westeuropäischen Länder hervor. **„Seit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft", sagte er, „gibt es eine ständig wachsende Tendenz zur Einheit zwischen den westeuropäischen Ländern. Äußerem Druck und äußerer Einmischung widerstehend, machten sie fortwährend Anstrengungen, ihre Unabhängigkeit und ihre Souveränität zu schützen. Dies ist eine positive Entwicklung in der internationalen Lage."**

Die Aufnahme von Beziehungen zwischen der VR China und der EWG hat für die Völker Europas eine tiefe Bedeutung. Sie dient der Stärkung der internationalen Front gegen die beiden Hauptkriegstreiber in der Welt, den US-Imperialismus und den sowjetischen Sozialimperialismus, der hinter einem Rauchvorhang von Friedenstiraden in Europa eine besonders aggressive Rolle spielt.

Daß die VR China an der Spitze aller Kräfte gegen die beiden Supermächte diesen Rauchvorhang zerreißt und die wahren Absichten der Kremlzaren entlarvt, das ist auch der Grund, warum die sowjetischen Sozialimperialisten und ihre treuen Diener, die französischen Revisionisten unter Führung des Verräters Marchais wie auch die westdeutschen Revisionisten der D„K"P in lautes Geschrei ausbrechen gegen die Beziehungen zwischen der VR China und Westeuropa. Tatsächlich aber dienen diese Beziehungen dem Zusammenschluß der Länder der Zweiten Welt gegen die drohende Kriegsgefahr durch die beiden Supermächte.

Die Hauptkraft im Kampf gegen beide Supermächte sind die Länder der Dritten Welt, die auf der ganzen Welt einen heftigen Kampf zur Befreiung von Hegemonismus, Imperialismus und Kolonialismus führen. Doch auch die Länder der Zweiten Welt, die entwickelten kapitalistischen und imperialistischen Länder wie z.B. die Länder Westeuropas, stehen im Widerspruch zu der ständigen Einmischung und Kontrolle der beiden Supermächte. Sie tragen zwei Seelen in ihrer Brust: Zum einen widersetzen sie sich der Vorherrschaft beider Supermächte, zum anderen aber kollaborieren sie mit beiden, bzw. der einen oder der anderen Supermacht, um in deren Windschatten ihren Anteil bei der Ausplünderung der Völker der Welt zu erhöhen. Unter Ausnutzung der Widersprüche zu den beiden Supermächten aber können die Länder der Zweiten Welt von den beiden Supermächten isoliert und zu einer wichtigen Kraft im Kampf gegen die beiden Supermächte und ihren Drang nach Weltherrschaft werden.

Die Politik der VR China, den Zusammenschluß der westeuropäischen Länder zu fördern, dient eben diesem Zweck, die beiden Supermächte noch mehr in der Welt zu isolieren und eine breite Front gegen diese beiden Hauptkriegstreiber zu errichten.

Dem diente der Besuch des CSU-Vorsitzenden Strauß in China, der einer der wenigen europäischen bürgerlichen Politiker ist, der offen auf die Gefahr des sowjetischen Sozialimperialismus hinweist, wie auch der Besuch des stellvertretenden Ministerpräsidenten der VR China, Teng Hsiao Ping in Paris. Es ist kein Zufall, daß Frankreich als erstem westeuropäischem Land dieser hohe Besuch der VR China gilt. Denn Frankreich betreibt unter den westeuropäischen Ländern am klarsten eine Politik, die sich dem Hegemonismus der beiden Supermächte widersetzt, die für die Einheit Westeuropas und für rege Beziehungen zu den Ländern der Dritten Welt eintritt. Diese Tendenz zur Einheit der westeuropäischen Länder unterstützt die VR China konsequent.

Auf einem Bankett betonte Teng Hsiao-Ping dies noch einmal. In seiner Rede sagte er: **„Wie Sie wissen, unterstützt China energisch die Einheit Westeuropas. Wenn die Völker Westeuropas ohne Unterlaß Fortschritte auf dem Weg der Einheit erzielen, um ihre Unabhängigkeit zu erhalten und ihre Sicherheit zu wahren, so wird das, nach unserer Meinung, zur Entwicklung der internationalen Lage in günstiger Weise beitragen. Wer keine versteckte Hoffnung in Hinblick auf Westeuropa hegt, der braucht diese Einheit auch nicht zu fürchten. Wir freuen uns zu sehen, daß die französische Regierung unter der Führung von Präsident Giscard d'Estaing ihre Anstrengungen fortsetzt, um die Einheit Westeuropas zu fördern. Das französische Volk und die anderen europäischen Völker können versichert sein, daß ihnen in ihrer Sache der Erhaltung der Unabhängigkeit und der Stärkung ihrer Einheit die Unterstützung des chinesischen Volkes immer zuteil wird. Es ist völlig in diesem Sinne, wenn die chinesische Regierung gerade Beziehungen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft aufgenommen hat. Wir hoffen, daß ein vereintes Europa eine positive Rolle in den Angelegenheiten der Welt spielen wird."**

Erklärung der KPF/ML zum Besuch einer Delegation der VR China in Frankreich

Das Politbüro der Kommunistischen Partei Frankreichs/Marxisten-Leninisten, das am 11. Mai 1975 in Paris zu einer ordentlichen Sitzung zusammengetreten ist, betrachtet den offiziellen Besuch, den eine Delegation der Volksrepublik China, an deren Spitze der stellvertretende Ministerpräsident Deng Hsiao-ping steht, Frankreich abstattet, als ein Ereignis von großer historischer Tragweite.

Frankreich und Westeuropa gehören zu einer Welt, die künftig in allen Bereichen von den beiden Supermächten kontrolliert und bedroht wird, in der nächsten Zeit besonders durch den Sozialimperialismus.

Das Treffen und die Gespräche, die zwischen dem französischen und dem chinesischen Staat organisiert wurden, finden in einem Augenblick statt, in dem die Vorbereitungen der beiden Supermächte, der USA und der UDSSR, auf einen dritten Weltkrieg, dessen zentraler Schauplatz Europa sein wird, täglich klarer werden. Indem sie ihre Beziehungen mit der großen Volksrepublik China und der gesamten Dritten Welt auf allen Ebenen verbessern, können Europa und insbesondere Frankreich die Bedingungen ihrer Verteidigung und ihres Widerstandes gegen jede Aggression, in welcher Form auch immer diese verübt wird, beträchtlich verbessern.

Die Initiative der Volksrepublik China, einen Botschafter bei der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu designieren, muß als ein wichtiges Zeichen der großen Volksrepublik China gewertet werden, Frankreich und Westeuropa in ihrem Kampf gegen die beiden imperialistischen Supermächte zu unterstützen.

Anläßlich der Anwesenheit der chinesischen Regierungsdelegation, die geführt wird vom stellvertretenden Ministerpräsidenten Deng Hsiao-ping in Frankreich ruft das Politische Büro der KPF/ML alle in Zellen organisierten Marxisten-Leninisten sowie alle Sympathisanten der KPF/ML auf, eine breite kämpferische Aktivität zu entfalten:

– um die nationale Wachsamkeit des Volkes in unserem Land vor den Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte zu wecken;

– um die Initiativen, die unabhängig von den offiziellen Zeremonien ergriffen wurden, zum Erfolg zu führen, um die Gefühle des Willkommens und der tiefen Freundschaft des Volkes von Frankreich gegenüber den Vertretern des chinesischen Volkes auszudrücken;

– und auf diese Weise zum Erfolg der Gespräche zwischen Frankreich und der Volksrepublik China beizutragen.

ES LEBE DER CHINESISCHE STAATSBESUCH IN FRANKREICH!

EIN HERZLICHES WILLKOMMEN DEM STELLVERTRETENDEN MINISTERPRÄSIDENTEN DENG HSIAO-PING!

LANG LEBE VORSITZENDER MAO!

(Aus: „L'Humanite Rouge" Nr. 7/75 vom 13. 5. 1975).



Anläßlich des Besuchs einer chinesischen Delegation, geführt von Deng Hsiao-ping in Frankreich versammelten sich die Kommunisten/Marxisten-Leninisten Frankreichs und ihre Freunde in der Pariser Mutualite. An dieser Versammlung nahmen auch Herr Tsao, Geschäftsträger in Vertretung des Botschafters der Volksrepublik China in Frankreich sowie Herr Tago in Vertretung des Botschafters der Volksrepublik Albanien teil. Auf dieser Versammlung wurde unter anderem die Erklärung der KPF/ML zum Besuch der chinesischen Delegation in Frankreich verlesen.

Unterstützt das befreite Kambodscha

Fortsetzung von Seite 1

Der unverhüllte brutale Akt der Aggression der amerikanischen Imperialisten beweist, daß sie sich keineswegs mit dem Sieg der Revolution in Kambodscha und Vietnam abgefunden haben und das sie alles tun, um den Sieg der Völker wieder rückgängig zu machen. Natürlich, sie können es nicht wagen, einen offenen Aggressionskrieg gegen das freie Kambodscha und Vietnam zu führen, aber die Zerstörung der Erdölraffinerie von Ream beweist, daß sie gezielt versuchen, den Aufbau eines blühenden Kambodscha durch Aggression und Sabotage zu unterminieren. **Der Sieg einer Revolution ruft unvermeidlich die Imperialisten und die einheimischen Reaktionäre auf den Plan, die alle Kraft aufwenden, um ihre verlorene Macht zurückzugewinnen.** Nach dem Sieg der Großen Russischen Oktoberrevolution überfielen die imperialistischen Mächte das Land und führten vier Jahre lang einen grausamen Krieg, bis sie vertrieben wurden. Und nach dem Sieg der chinesischen Revolution über die japanischen Faschisten entsandten die US-Imperialisten mehrere Expeditionskorps, um die chinesische Revolution niederzuschlagen. Damals schrieb Genosse Mao Tsetung: **„Unruhe stiften, scheitern, abermals Unruhe stiften, wieder scheitern — das ist die Logik der Imperialisten und aller Reaktionäre in der Welt dem Anliegen des Volkes gegenüber und sie werden niemals gegen diese Logik verstoßen. Das ist ein Gesetz des Marxismus."**

Die amerikanischen Imperialisten haben ihren Überfall auf Kambodscha von einer Hetzkampagne begleiten lassen, die ihren Höhepunkt gerade in den Tagen erreichte, als sie ihre Aggression durchführten. Aber die „sensationellen, authentischen Berichte" z.B. eines französischen Arztes über Leichen mit durchschnittener Kehle, sind inzwischen wie Seifenblasen zerplatzt. Dieser Arzt hat inzwischen erklärt: „Ich habe zuviel geredet. Ich habe nichts von all dem gesehen . . ." Und als in der „Welt" das Bild eines Soldaten der Befreiungsstreitkräfte mit gezogener Pistole mit der Unterschrift erschien: „ . . . plündernder Sieger", und dasselbe Bild im „Tagesspiegel" als Dokument für die Vertreibung der Menschen aus Phnom Penh ins Feld geführt wurde, erklärte der Journalist Fröhder, der die Aufnahme gemacht hatte, in der Sendung „Panorama", **daß dieser Soldat die Plünderung eines Geschäftes durch Zivilisten gerade verhindert hat.** Eine bewußte Täuschung, denn die Nachrichtenagentur AP hatte das Bild mit der korrekten Unterschrift an die Zeitungen geschickt. Wer soll die Berichte über die „Greuel" glauben, über den „Rückfall des Landes in die Barbarei", die die amerikanischen Imperialisten auftischen, um ihre Aggression zu rechtfertigen und den Sieg der Revolution in Kambodscha und Vietnam vor den Völkern zu verleumden? So hetzten sie gegen die chinesische Revolution, sprachen von „dummen Bauern" und „wilder Barbarei".

Die meisten dieser Lügen kamen aus der französischen Botschaft in Phnom Penh. Die Ausländer, die sich dahin geflüchtet haben, haben die Aufforderung der GRUNK, noch vor der Befreiung die Stadt zu verlassen, mißachtet. Jetzt hat die GRUNK erklärt, daß alle diese Leute „immer mit den Verrätern zusammengearbeitet" haben. Unter ihnen befanden sich auch Diplomaten der sowjetischen Sozialimperialisten, die in der Hoffnung, die Lage für die imperialistischen Ziele dieser Supermacht ausnutzen zu können, dageblieben waren. Offene Aggression der einen Supermacht – versteckte der anderen.

All das enthüllt einmal mehr das Gesicht der amerikanischen Imperialisten und der sowjetischen Sozialimperialisten als aggressive, raubgierige, imperialistische Supermächte, die die Souveränität der Nationen und Freiheit der Völker unter ihrem Stiefel zertreten wollen.

Die USA-Imperialisten haben bei ihrem Überfall auf Kambodscha auch ganz offen die Souveränität Thailands mit Füßen getreten. Die thailändische Regierung, die seit einiger Zeit Schritte unternimmt, damit die USA ihre Soldaten aus dem Land abziehen, hat vor dem Überfall deutlich erklärt, daß sie ihr Land den amerikanischen Imperialisten nicht als Stützpunkt und Ausgangsbasis für den Überfall zur Verfügung stellen wird. Dennoch sind die Marineinfanteristen von Okinawa nach Thailand in Marsch gesetzt worden und haben von hier aus ihren Aggressionsakt gestartet.

Aber wenn die US-Imperialisten geglaubt haben, daß sie durch ihren Überfall die Völker einschüchtern und ihren entschlossenen Kampf eindämmen könnten, so haben sie sich getäuscht. Tausende von Menschen haben in Thailand empört Demonstrationen gegen die US-Imperialisten durchgeführt und den neuen US-Botschafter mit den Rufen **„Ami go home!"** und **„Bastard Ford, weg mit deinen Soldaten!"** empfangen. In New York versammelten sich einige hundert Menschen, um den amerikanischen Überfall auf Kambodscha zu verdammen. Die VR China hat die Aggression als Akt der offenen Piraterie gebrandmarkt und der algerische Staatschef Boumedienne hat bekräftigt, daß sich das algerische Volk und alle Völker der Dritten Welt noch enger im Kampf gegen den US-Imperialismus zusammenschließen werden.

Nicht die Imperialisten, nicht die beiden Supermächte bestimmen den Gang der Geschichte, sondern die Völker, die entschlossen kämpfen. Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung, Völker wollen die Revolution, diese Strömung der Geschichte kann von niemandem aufgehalten werden.

Kurz berichtet

BREMEN

Vom 8. bis zum 17. Mai fand in Bremen eine Photoausstellung über die Volksrepublik China statt, die von Wang Shu, dem Botschafter der Volksrepublik China und seiner Frau zusammen mit Vertretern der Bremer Bürgerschaft eröffnet wurde. Genossen der KPD/ML überreichten dem Botschafter der Volksrepublik China und seiner Frau vor dem Bürgerschaftshaus, in dem die Photoausstellung zu besichtigen war, einen Strauß roter Nelken.



Der Botschafter der Volksrepublik China bei Eröffnung der Ausstellung in Bremen

MÜNCHEN

Am 6. Mai wollte der „M"SB, die Hochschulorganisation der D„K"P eine Veranstaltung durchführen, auf der D„K"P-Führer Steigerwald unter dem Thema „Maoismus – Ideologie der Konterrevolution" gegen den Marxismus-Leninismus hetzen wollte. Genossen des KSB/ML, des „K"SV und persische Genossen hinderten Steigerwald aber von Anfang an mit Sprechchören und Zwischenrufen an seiner Rede. Angesichts der zahlenmäßigen Unterlegenheit der Revisionisten wagten sie nicht, mit Gewalt die Genossen zum Schweigen zu bringen, sondern zogen sich schließlich mitsamt Steigerwald ins D„K"P-Parteibüro zurück.

Sofort anschließend wurden die revisionistischen Transparente heruntergerissen und unter großem Beifall Bilder von Stalin, Mao Tsetung und die Parteifahnen aufgehängt. Daraufhin wurde die Veranstaltung neu eröffnet zum Thema: „Über die wachsende Kriegsgefahr durch die zwei Supermächte." Daß diese Revisionistenveranstaltung so erfolgreich verhindert werden konnte, war eindeutig das Verdienst des KSB/ML, da der „K"SV Steigerwald eine Redezeit von 3/4 Stunden hatte einräumen wollen und auch die anwesenden Vertreter des „K"BW und des „Arbeiterbundes" lieber den Revisionisten zugehört hätten. Die Veranstaltung wurde mit dem Singen der Internationale beendet.

KORREKTUREN

Herr Gerd Flint teilt uns mit, daß er im Artikel zum Antikriegstags-Prozeß gegen Dieter Vogelmann im ROTEN MORGEN Nr. 13 fälschlicherweise als „Rechtsanwalt" bezeichnet worden ist. Herr Flint war in diesem Prozeß als Rechtsreferendar in Vertretung und in Untervollmacht für einen Rechtsanwalt als Verteidiger tätig.

* * *

In der Berichterstattung über den Roten 1. Mai ist uns ein Fehler unterlaufen. In Wiesbaden fand entgegen unserer Meldung keine Rote 1. Mai-Demonstration statt. Lediglich die Opportunisten des „K"BW führten, nachdem sie schweigend auf der DGB-Kundgebung gesessen hatten, eine Demonstration unter reformistischen Parolen durch.

* * *

Dieser Ausgabe des ROTEN MORGEN liegt eine Beilage bei.

ROTER MORGEN

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06 – 466; Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert). Telefon: 0231 / 41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Gernot Schubert, Bochum. Druck: NAV GmbH, 1 Westberlin 36. Erscheinungsweise wöchentlich samstags, mit monatlicher Jugendbeilage. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30,-- DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung an eines unserer oben genannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich um ein Jahr, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Streik bei Dynamit Nobel

28 türkische Arbeiter verhaftet

Fortsetzung von Seite 1

nicht ein. Sie erklärte: „Der Betriebsrat kennt unsere Forderungen, wenn er bereit ist, sie zu unterstützen kann er das tun,die Betriebsrätin verläßt ihre Kollegen jetzt nicht."

Das Ziel des Betriebsrats war es natürlich, den Streik in den Griff zu bekommen, um ihn so am leichtesten abzuwürgen.

Die modernen Revisionisten der D'K'P leisteten ihn dabei Schützenhilfe, indem sie Unklarheiten und noch vorhandene Illusionen der Kollegen in den Gewerkschaftsapparat und den Staatsapparat ausnutzten ,um so den Kollegen weiszumachen, man könne sich mit den Kapitalisten einigen, man müsse dem Betriebsrat vertrauen. Mit ihrer Demagogie hatten die modernen Revisionisten und die Betriebsratsbonzen natürlich auch einen gewissen Einfluß, den sie zur Spaltung der Arbeiter nutzten. Mit Gewalt verhinderten Schläger der D„K"P am Mittwoch dann auch die Verteilung von Flugblättern gegen die Verhaftungen, sie stellten sich damit offen auf die Seite des Staatsapparates.

Genau in die Fußstapfen der D„K"P ist die GRF getreten, die wie die Partei von den türkischen Kollegen um Unterstützung gebeten wurde. Auf die türkischen Kollegen redete die GRF ein, die Betriebsrätin solle doch zur Betriebsratssitzung gehen und sich auf die „fortschrittlichsten" Betriebsräte stützen. Wenn die GRF aufruft, sich auf diesen Betriebsrat zu stützen, der selbst die Entlassungen mit durchgesetzt hat, dann predigt sie genauso wie die D„K"P Klassenversöhnung.

Neben den Versuchen der D„K"P und des DGB-Apparats, den Kampf von innen her zu zerstören, versuchten die Dynamit Nobel-Kapitalisten die Arbeiter mit Entlassungsdrohungen zur Wiederaufnahme der Arbeit zu zwingen, stellten sie ein Ultimatum, auf das die türkischen Kollegen aber nicht eingingen, und drohten am Montag mit Polizeieinsatz.

Am Dienstag Morgen war, ehe die Kollegen da waren, die Polizei schon vor dem Werkstor. Als erstes verbot sie den Arbeitern, das Betriebstor zu versperren und trieb sie auf den Bürgersteig. Sie verlangte, daß ein Verantwortlicher benannt wird, sonst würde sie alle Personalien aufnehmen. Da das für die ausländischen Kollegen natürlich besonders gefährlich ist, stellte ein Genosse der Partei seinen Namen zur Verfügung.

Am Nachmittag griff die Polizei die streikenden Kollegen mit Gewalt an. Fünf Mannschaftswagen rückten an, Polizeihunde wurden eingesetzt, mit Schlagstöcken gingen die Polizisten auf die türkischen Kollegen los, die sich mutig zur Wehr setzten. Bei dem Kampf wurde ein Polizist schwer verletzt, ein Streifenwagen total demoliert. Erst als Verstärkung von 100 Polizisten aus Nürnberg eintraf, gelang es der Polizei, die Kollegen mit Gewalt zu verhaften. Eine türkische Kollegin warf sich vor einen Streifenwagen, um den Abtransport ihrer Kollegen zu verhindern. Sie mußte verletzt ins Krankenhaus gebracht werden.

Gegen 28 türkische Arbeiter wurde Haftbefehl ausgestellt und Anklage wegen Landfriedensbruch erhoben. Die 28 Kollegen befinden sich immer noch in Haft und es ist zu befürchten, daß die Haft in Abschiebehaft umgewandelt wird. Das bedeutet für die Kollegen, daß sie in die faschistische Türkei ausgeliefert werden können, wo sie mindestens Gefängnis erwartet.

Am Donnerstag besetzte die Polizei den ganzen Betrieb. Mit großen Gittern sperrte die Polizei den Betrieb ab. Die Begründung: Die Türken wollen den Betrieb stürmen. Die Kapitalisten fürchteten, daß die anderen türkischen Arbeiter zu Kampfmaßnahmen greifen.

Gegen die türkischen Kollegen wurde eine wilde Hetze entfacht, und üble Gerüchte in die Welt gesetzt. So wurde behauptet, daß die türkischen Arbeiter einen Polizisten ermordet hätten, als am Mittwoch die Polizeiwagen alle mit einem Trauerflor herumfuhren, weil in Köln der erschossene Polizist beerdigt wurde. Besonders die bürgerliche Lokalpresse hetzte wild gegen den Streik, sie versuchten ihn als von außen gesteuert hinzustellen. „Fremde Agitatoren riefen zum Streik"; „Nach der Aktion reisten die deutschen Aufpeitscher sofort wieder ab." Die Hetze ging sogar so weit, daß eine türkische Kollegin, die sich am Bein verletzt hatte und zum Arzt ging, nicht behandelt wurde, weil ein Polizeispitzel vor ihr in die Praxis ging. Der Arzt sagte: „Ich kann sie nicht behandeln, sie haben am Streik teilgenommen."

Nach der Festnahme der türkischen Kollegen erhielten über 40 Arbeiter ihre fristlose Kündigung. Selbst türkischen Arbeitern, die an den Streiktagen nicht im Betrieb waren, wurde mit der Zustimmung des Betriebsrates ebenfalls fristlos gekündigt.

Die Kapitalisten besaßen sogar noch die Unverschämtheit, die Löhne der Kollegen, die am 15. fällig waren, nicht auszuzahlen. Als Kollegen das Geld von der Bank abholen wollten, zahlte die Bank es ihnen nicht aus.



Montag, 12. 5.: Die streikenden türkischen Kollegen vor dem Werkstor der Dynamit Nobel AG.

Auch wenn dieser Streik nicht erfolgreich war und die Einheit der deutschen und ausländischen Kollegen in diesem Kampf nicht hergestellt werden konnte, so zeigt dieser Kampf, daß um die Einheit der deutschen und ausländischen Kollegen ein Kampf geführt werden muß, gegen die Verräter der D„K"P und gegen den Gewerkschaftsapparat. Daß ein konsequenter Kampf gegen alle Illusionen in den Gewerkschaftsapparat, den Betriebsrat und den Staatsapparat notwendig ist, die in der Arbeiterklasse noch vorhanden sind und gerade von den modernen Revisionisten und dem DGB-Apparat ausgenutzt werden, um die Klassenzusammenarbeit zu propagieren und damit die Arbeiterklasse zu spalten und sie vom Kampf abzuhalten.

Jetzt kommt es darauf an, den Kampf für die ausländischen Kollegen, die im Gegensatz zu den deutschen Kollegen noch durch das Ausländergesetz besonders gefährdet sind, zu führen. Gegen die Abschiebung der türkischen Kollegen! Für die Aufhebung der Haft und Anklage! Für die sofortige Zurücknahme aller Entlassungen! Für sofortige Auszahlung des Lohnes! Deutsche und ausländische Arbeiter – eine Kampffront, eine Klasse!



Dienstag, 13. 5.: Mit brutaler Gewalt und dem Einsatz einer Hundestaffel nahm die Polizei die kämpfenden Kollegen fest, von denen 28 einen Haftbefehl erhielten

Roter Betriebsrat bei Dörnemann in Recklinghausen

Vor den Betriebsratswahlen bestand der alte Betriebsrat bei Elektro Dörnemann in Recklinghausen (130 Kollegen) überwiegend aus reaktionären Kräften. In dieser Runde durfte natürlich eine D„K"P-Betriebsrätin nicht fehlen. Der gesamte alte Betriebsrat stand voll hinter der reaktionären IGM-Führung. Seine Weisheit war stets: „Wir müssen doch auch an die Firma denken" – doch für die Kollegen krümmte er keinen Finger.

Im Betrieb aber bildete sich langsam eine Opposition gegen den alten Betriebsrat, mit dem Ziel, seine Machenschaften gegen die Kollegen, seine Zusammenarbeit mit dem Kapital zu entlarven und zu bekämpfen. An der Spitze dieses Kampfes stand Genosse R. Als er auf einer Betriebsversammlung für alle Lehrlinge 5 DM Wegegeld forderte, antwortete die D„K"P-Betriebsrätin: Das könne man nicht einfach fordern, da müsse man diplomatisch vorgehen. Ihre „Diplomatie" bewies sie dann auf der nächsten Betriebsratssitzung: dort versuchte sie die Forderungen der Jugendlichen alle mit derselben Begründung abzublocken: man dürfe der Firma nicht so „radikal" entgegentreten. Doch sie erreichte damit nur, daß die Opposition gegen den Betriebsrat unter den Jugendlichen enorm wuchs.

Vor den Betriebsratswahlen fand dann noch eine Betriebsversammlung statt. Die Betriebsleitung drohte mit Kurzarbeit und Entlassungen. Die Kollegen waren empört. Doppelt so viele wie sonst meldeten sich zu Wort. Als Genosse R. das Wort erhielt, entlarvte er die Zusammenarbeit zwischen IGM und Kapital. Er ging auf die angedrohten Entlassungen und auf die Kurzarbeit ein und zeigte, daß für die Kapitalisten nur der Profit zählt, daß es sie einen Dreck kümmert, ob sie 10 oder 30 Kollegen auf die Straße werfen. Und er sprach über das sozialistische China und Albanien und erklärte, daß es im Sozialismus keine Arbeitslosigkeit gibt, weil dort das Grundübel, der Kapitalismus, abgeschafft ist. Sofort unterbrach ihn die revisionistische Betriebsrätin und auch die anderen reaktionären Betriebsräte brachen in Geschrei aus und wollten R. das Wort entziehen, weil Politik angeblich nicht in den Betrieb gehöre. Das öffnete vielen Kollegen die Augen und sie riefen R. zu: „Rede bloß weiter!" – und Genosse R. sprach weiter.

Tage später wurde er mit Entlassung bedroht, die ersten 10 Kollegen bekamen ihre Kündigung. Die Antwort der Kollegen: Wir schlagen R. für die Betriebsratswahlen vor.

Die Wahl schlug ein wie eine Bombe. Der Genosse bekam 30% aller Stimmen. Vom alten Betriebsrat wurde nur einer wiedergewählt, alle anderen flogen raus. Das Kapital wollte die Wahl anfechten. Doch daraufhin erklärten drei neue Betriebsräte, sie würden dann sofort zurücktreten. Diese Wahl war die klare Quittung für die Politik der Klassenzusammenarbeit und des Verrats des alten Betriebsrates.

Cassella

Abteilung kämpft gegen Kurzarbeit

Vor kurzem tönte Kapitalistenvertreter Ruppert noch, es werde in der Cassella keine Entlassungen geben. Was davon zu halten ist, können wir jetzt sehen: eine ganze Reihe von Elektrikern und Schlossern von Fremdfirmen sind Knall auf Fall entlassen worden.

Einige von ihnen erfuhren von ihrer Entlassung erst einen Tag vorher. Entlassen wurden solche Kollegen, die mit laufenden Reparaturarbeiten beschäftigt waren. Für sie heißt es jetzt stempeln gehen, für die anderen Handwerker und auch für die Betriebsarbeiter bedeutet das verstärkte Arbeitshetze, denn sie müssen die Arbeit der Entlassenen mit übernehmen. In 188 zum Beispiel wechseln die Betriebsarbeiter schon seit einiger Zeit die Ventile selber aus, obwohl das ausdrücklich Schlosserarbeit ist. Im übrigen appellieren die Kapitalisten an unsere Sparsamkeit, wie in der letzten „Cassella-Information", und kündigen weitere „Einsparungen" an.

Auch die Hoechster Monopolkapitalisten kriegen ihre Waren immer weniger los, weil unter anderem auch die Abnehmer in immer größere Schwierigkeiten kommen. Beispiel 223: Hier wird zur Zeit noch voll gearbeitet, aber der größte Abnehmer für die Kunstharze ist VW! Angesichts der geplanten Massenentlassungen bei VW von 25000 Arbeitern ist es nur eine Frage der Zeit, wann VW nicht mehr genug Kunstharze abnimmt und auch die Kollegen von 223 kurzarbeiten müssen.

Am letzten Tag vor der Kurzarbeit, einige Stunden vor der Betriebsversammlung, haben die Kollegen aus der Hauptwerkstatt gezeigt, daß sie nicht bereit sind, den Zwangsurlaub hinzunehmen. Sie haben die unverschämte Behauptung der Kapitalisten und des Betriebsrates, die Kollegen hätten den Zwangsurlaub selbst gewünscht, Lügen gestraft. Einige Stunden vor der Betriebsversammlung verweigerten die Kollegen den Zwangsurlaub für jeden Freitag im Mai und forderten Kurzarbeitergeld für die ausfallenden Arbeitstage. Sie drohten mit Streik, wenn diese Forderungen nicht erfüllt würden. Nach kurzer Zeit kam im Auftrag seiner Herren Kapitalistenknecht Hippmann angerannt und beeilte sich, die Forderungen der Kollegen zu erfüllen.

Auf der anschließend stattfindenden Betriebsversammlung erfuhren die Kollegen nichts von dieser Kampfaktion, weil der Betriebsrat den erfolgreichen Kampf der Kollegen totschwieg. Warum? Die Kapitalisten und ihre Handlanger haben Angst, Angst vor der Arbeiterklasse. Denn auch sie wissen, daß aus einem Funken ein Steppenbrand entstehen kann. Daß der Kampf der Kollegen erfolgreich war, daß schon die Drohung zu streiken genügt hat, um ihre Forderungen durchzubringen, zeigt, wie groß ihre Angst ist. Die Herren im Vorstands- und Betriebsratsbüro wissen genau, daß sie auf einem Pulverfaß sitzen, ihre demokratische Maske, ihr Gerede vom „Zusammenhalten" in der Krise haben sich in der letzten Zeit genügend entlarvt.

Die Kollegen aus der Hauptwerkstatt haben ein Beispiel dafür gegeben, daß auch in der Krise der Kampf der Arbeiterklasse das einzige Mittel ist, etwas zu erreichen.

Revisionistisches

Der „K"BW steckt bis über beide Ohren im Sumpf des Revisionismus

In Bremen gibt es heute ungefähr 2 000 arbeitslose Jugendliche. Die D„K"P versucht, die Unruhe in unschädliche Bahnen zu lenken. Der „K"BW hilft ihr kräftig dabei. Er behauptet wie die D„K"P, die Bundesregierung müsse gezwungen werden, durch eine Reform der Berufsausbildung die Jugendarbeitslosigkeit zu beheben bzw. zu „mildern". An der Berufsschule setzte der „K"BW folgende Resolution durch:

„Mit Empörung weist der Schülerring Maschinenbau den Erpressungsversuch der Unternehmer zurück, 40 000 Lehrstellen für den Preis jeder Reform der Berufsausbildung anzubieten. Der Schülerring vertritt angesichts dieses Angriffs die Forderung, daß die Berufsausbildung der Kontrolle der Unternehmer entrissen und zu einer öffentlichen Aufgabe wird. (...) Überwachung der Einhaltung des Gesetzes durch die Gewerkschaften. (. . .) Die Einigkeit, welche wir brauchen, müssen wir herstellen über die Gewerkschaften." (Aus: „Kämpfende Jugend", Zeitung des „K"AJB Bremen).

Das ist die alte Revisionistenmasche: der Staat will wohl reformieren, aber leider wird er von den Unternehmern unter Druck gesetzt. Folglich muß man „Gegendruck" ausüben, die Bundesregierung gegen die Angriffe der Unternehmer verteidigen, für Mitbestimmung sorgen.

Aber auch bei diesen Worten bleibt der „K"BW nicht stehn, sondern läßt Taten folgen. Während der D„K"P-beherrschte DGB-KJA eine Veranstaltung mit dem DGB-Jugendsekretär K. Engel organisierte, besorgte der „K"BW die Mobilisierungsarbeit. Nach der Rede des DGB-Bonzen vor 50 D„K"P-lern und 200 „K"BW-Sympathisanten wollten die D„K"Pisten die Versammlung schließen. Der „K"BW forderte Diskussion, weil das demokratisch ist. Er erklärte, weil der „Kollege Engel" ein „gutes Referat" gehalten habe, und man „gegen den gemeinsamen Feind kämpfen" müsse, müsse der „Kollege Engel" auch ins Präsidium.

Dem „Kollegen Engel" war das wohl nicht kriecherisch genug und er verließ in Siegerpose den Saal.

Man kann den „K"BW-Fürsten nur raten: Laßt euch nicht entmutigen. Streicht noch die letzten revolutionären Phrasen und ihr bekommt sicher einen guten Posten an der Seite von „Kollegen" wie Engel zugeschanzt. Für jeden ehrlichen Revolutionär auch in den Reihen des „K"BW aber wird bei einer solchen Politik klarer werden, daß der „K"BW den Kampf für die sozialistische Revolution verrät.

VERSCHÄRFTER BETRIEBSTERROR IN DER CSSR

Bisher standen die Betriebsdirektoren in der Tschechoslowakei, die Arbeiter – aus was für Gründen auch immer – entlassen wollten, vor der Schwierigkeit, den Nachweis zu erbringen, daß der Beschäftigte „absolut unfähig" ist. Weiter mußten sie wenigstens auf dem Papier eine neue Stelle für den Entlassenen besorgen. Mit einer Änderung des Arbeitsgesetzes wurde auch dieses letzte dünne Mäntelchen der „Gerechtigkeit" fallengelassen. Es reicht jetzt bei Kündigungen aus Rationalisierungsgründen, aber auch bei politischen Entlassungen, wenn als Begründung einfach angegeben wird, der Beschäftigte genüge den Anforderungen nicht. Auch eine neue Stelle braucht nicht mehr besorgt zu werden. Wer entlassen wird, ist arbeitslos, ohne daß das wie bisher mit einer Stellenzuweisung auf dem Papier verbrämt wird.

Versorgung der Kranken unwichtig

Kommunistischer Arzt entlassen

Am 5. 5. 75, einen Tag nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, erhielt Genosse Wolf Gedeon seine Kündigung. Genosse Wolf arbeitet seit einiger Zeit im Knappschaftskrankenhaus in Gelsenkirchen. Er war Kandidat der KPD/ML für die Landtagswahlen.

Den Grund für seine Kündigung erfuhr Genosse Wolf nur mündlich. Der Verwaltungsleiter des Krankenhauses erklärte ihm, er habe sich auf der letzten Belegschaftsversammlung zu einem damals verteilten Flugblatt gegen die drohende Schließung des Krankenhauses bekannt, er habe „einen Keil zwischen Belegschaft und Personalrat getrieben". Deshalb habe auch der Personalrat bei der Hauptverwaltung in Bochum den Antrag gestellt, ihm zu kündigen.

Diese Kündigung ist die Antwort darauf, daß Genosse Wolf als Kommunist an der vordersten Front im Kampf der Belegschaft gegen die Schließung des Krankenhauses gestanden hat. Auf den letzten beiden Belegschaftsversammlungen des Krankenhauses hatten zahlreiche Belegschaftsmitglieder offen gegen diese drohende Schließung protestiert. Der Personalrat hatte versucht, die Belegschaft hinzuhalten: Gegen die Schliessung könne man nichts machen und überhaupt sei es noch längst nicht so weit, und wenn dann doch einmal die Schließung notwendig werde, dann gäbe es ja einen Sozialplan.

Genosse Wolf schreibt in seinem Offenen Brief an die Belegschaft: „Wie im Betrieb der Betriebsrat, so ist bei uns im Krankenhaus der Personalrat eine Art Polizei der Krankenhausleitung, die für Ruhe und Ordnung, den ‚Betriebsfrieden', wie es im Personalvertretungsgesetz heißt, zu sorgen hat . . .

Um seine Rolle als Ordnungshüter für die Krankenhausleitung gut zu spielen, wird der Personalrat nach außen hin als ‚Interessenvertretung' der Kollegen hingestellt. Wer aber seine Rolle als Ordnungshüter der Bundesknappschaft entlarvt, wer ‚einen Keil zwischen Belegschaft und Personalrat treibt', der wird entlassen."

Was die Herren vom Personalrat allein interessiert, kann man schon daran sehen, daß sie einen Arzt entlassen in einer Situation, in der im Krankenhaus so akuter Ärztemangel besteht, daß die Schließung weiterer Stationen ansteht. Genosse Wolf schreibt: „Monatelang war die ärztliche Personalsituation auf der Inneren Abteilung so angespannt, daß man bestenfalls von einer Notversorgung der Patienten sprechen konnte, zwei Stationen mußten geschlossen werden, ich selbst war z.B. häufig bis zu über 90 Stunden/Woche im Krankenhaus tätig. Aber die Bundesknappschaft kümmerte sich einen Dreck darum. Jetzt, kurz bevor sie meine Kündigung aussprachen, versetzten sie schnell pflichtweise zwei Assistenten aus anderen Knappschaftskrankenhäusern für vier Wochen hierher, um Patienten und Belegschaft über den tatsächlichen Stand der ärztlichen Besetzung zu täuschen. Wenn die beiden Assistenten in zwei Wochen wieder abziehen, dann hat sich, so hofft die Knappschaft, die größte Empörung über meine Entlassung wieder gelegt. Aber solche Betrugsmanöver haben kurze Beine."

Eine Reihe von Kollegen wird an dieser Entlassung erkennen, daß es in diesem kapitalistischen Gesundheitssystem nicht darauf ankommt, ob ein Arzt Fähigkeiten hat und sich um seine Patienten kümmert – daß Genosse Wolf als Arzt nichts taugt, hat keine seiner vorgesetzten Stellen bei der Kündigung behauptet. Mag ein Arzt noch so gut sein, wenn er sich den Rationalisierungsplänen des Staates, wenn er sich den verschärften Angriffen auf die Volksgesundheit widersetzt, dann fliegt er. Denn nicht die Gesundheit der werktätigen Bevölkerung steht im kapitalistischen Gesundheitssystem an der ersten Stelle, sondern die Interessen des Kapitals.

Neue Bücher aus der VR China

Bericht über Dungting
Der Rote Fahne Kanal

„Selbst nach der Reisernte gehen wir hungrig ins Bett" – so sagten die Bauern vor der Befreiung in Dungting am Tai-See, westlich von Schanghai. Sie waren in Lumpen gekleidet, durch hohe Bodenpacht und profitgierige Händler ausgepreßt. Viele waren gezwungen zu betteln oder ihre Kinder zu verkaufen, um zu überleben. Heute – nach der Befreiung – ist Dungting eine blühende Volkskommune. Produktion und Lebensstandard der Bevölkerung steigen beständig. Heute sagen die Bauern in Dungting: „Volkskommunen sind wirklich gut." Die Entstehung dieser Volkskommune, die größeren Erfolge durch größeren Zusammenschluß der Bauern und die heutige Situation in Dungting schildert ein neues Buch aus dem „Verlag für fremdsprachige Literatur" in Peking:

BERICHT ÜBER DUNGTING
Eine Volkskommune am Tai-See
Von Wu Dschou
65 Seiten, mit vielen Fotos, DM 1,25.

In der Volkskommune Dungting haben sich 45 000 Menschen in 30 Produktionsbrigaden und 237 Produktionsgruppen zusammengeschlossen. Das Buch geht ausführlich auf die Gliederung der Volkskommune ein und berichtet über die mannigfaltige Bewirtschaftung: Wasserreis, Mandarinen, Fischzucht, Seidenkokons und Tee. Weitere Themen sind die medizinische Betreuung und die Rolle der Frauen, ihre veränderte Stellung im wirtschaftlichen und politischen Leben und ihre Tüchtigkeit in der Produktion. Abschließend wird anschaulich über den Lebensstandard der Bevölkerung berichtet: die neuen Häuser, die Anschaffungen der Bauernfamilien, der wachsende Wohlstand auf dem Lande im sozialistischen China.



Bestellungen an:
Gesellschaft zur Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus
2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49
PSchKto Hmb 1935 72 – 207
Tel.: 040 / 4 10 17 36

Genossen der „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus", die kürzlich auf Einladung von Guozi Shudian (Vertriebszentrum chinesischer Publikationen) in China waren, haben die Volkskommune Dungting besucht. Sie haben uns dazu berichtet: Wir wurden von den Bauern im Hause des ehemaligen Grundbesitzers herzlich empfangen. Heute gehört es der Volkskommune.

Überall in der Volkskommune sahen wir die in schwerer Arbeit angelegten Terrassenfelder, die Anpflanzungen auch an den Berghängen ermöglichen. Die Pfirsichbäume standen in voller Blüte und das Rosa der Blüten zog sich bis auf die halbe Höhe der Berge. „1980" – so sagten uns die Bauern – „sind die Berge ganz bepflanzt und die Speicher voll."

Beständiger Fortschritt in der Landwirtschaft und im Leben der Bauern – das haben wir in Dungting gesehen. Bauernfamilien ohne Sorge vor Ruinierung durch Monopole; ein gutes Krankenhaus und ausreichende medizinische Versorgung, die Kinder tagsüber in guter Obhut in Schule und Kindergarten. Eine solche Wende hat das Leben der Bauern seit der Befreiung und durch den Zusammenschluß in der Volkskommune genommen. Eben deshalb sagen die Bauern: „Volkskommunen sind gut."

* * *

In der Volksrepublik China wird die Natur zum Wohle des Menschen umgestaltet.

„Bezwungen das Taihang-Gebirge
Die Wasser des Dschangbo herbeigeführt
Von hohen Zielen beflügelt
Ordnen die Menschen Linhsiäns die Natur um."

Das sind die Zeilen eines Lobliedes auf eines der hervorragendsten Beispiele revolutionärer Umgestaltung in China: den Rote-Fahne-Kanal.

Seit Jahrhunderten lebten die Menschen im Lin-Kreis in Elend und Not. In neun von zehn Jahren wurde das Gebiet von Dürrekatastrophen heimgesucht. Eimer für Eimer mußte das Wasser oft 8-10 km weit herangebracht werden. Die wenigen Brunnen gehörten den Reichen. Eine Redewendung im Lin-Kreis hieß: „Große Trockenheit ist von Vorteil für die Reichen." Denn die Grundbesitzer erpreßten die armen Bauern und ließen sie für ein bißchen Wasser noch mehr arbeiten. Die Felder waren unfruchtbar und steinig, die Ernte gering.

Aber die Bauern Linhsiäns waren nicht bereit, Ausbeutung und Unterdrückung länger hinzunehmen. Sie reihten sich ein in die Front des Widerstandskriegs gegen die japanische Aggression und für die Befreiung unter Führung der Kommunistischen Partei Chinas. 1944 wurde der Lin-Kreis befreit. So wie sie die Grundherrenklasse besiegt hatten, so waren sie auch entschlossen, gegen die widrigen Umstände der Natur – besonders die Trockenheit – anzukämpfen. Die Geschichte dieses Kampfes erzählt ein weiteres neues Buch, das in Peking in deutscher Sprache erschienen ist:

DER ROTE-FAHNE-KANAL
Von Lin Min
69 Seiten, mit vielen Fotos und einer Karte, DM 0,85.

Die Genossen der GewiSo erzählen vom Rote-Fahne-Kanal und den Veränderungen im Lin-Kreis: Heute sind Armut und Elend im Lin-Kreis verschwunden. Man sieht die Bauern fruchtbare Felder bewirtschaften, Fabriken sind entstanden, heute gibt es Forstwirtschaft, Gemüsebau und Tierzucht – vorher im Lin-Kreis unbekannt.

Dafür hat der Rote-Fahne-Kanal die Voraussetzungen geschaffen. Er bringt das Wasser des Dschangho-Flusses heran. Der Hauptkanal ist 70 km lang, in steile Felswände gehauen, 8 m breit und 4 m tief. Das gesamte Kanalsystem beträgt mehr als 1 500 km mit vielen Brücken, Aquädukten, Stauseen, Kraftwerken und Tunnels. Einer dieser Tunnels ist über 600 m lang. Er wurde von 300 Jugendlichen gebaut. Wir sprachen mit einem von ihnen. Er schilderte uns, mit welchem Heldenmut, welcher Ausdauer die Jugendlichen ohne Maschinen das harte Gestein an senkrechten Felswänden bezwungen haben. Und sie taten das gegen den Rat einiger Ingenieure, die den Bau für technisch undurchführbar erklärt hatten. Einige Klassenfeinde wie Liu Schao-tschi wollten die Entwicklung aufhalten. Aber die Massen beharrten unter der Leitung des Parteikomitees auf dem Weiterbau und überwanden die Schwierigkeiten mit großem Enthusiasmus.

Das Buch über den Rote-Fahne-Kanal schildert diesen Kampf gegen die Natur und die Feinde des Volkes in vielen Einzelheiten. Es zeigt die große Kraft der Volksmassen unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas. Heute ist der Rote-Fahne-Kanal ein Vorbild für ganz China und die Revolutionäre in aller Welt. Viele Menschen besichtigen den Kanal, um von dem revolutionären Geist seiner Erbauer zu lernen. **Der Rote-Fahne-Kanal ist ein grosser Ansporn, alle Schwierigkeiten auf dem Weg der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus zu überwinden.**

Vom Aufbau des Sozialismus

Das albanische Volk ehrt das Andenken seiner Söhne, die für die Freiheit von Volk und Heimat starben

Tirana, 5. Mai. Das albanische Volk gedenkt heute in tiefer Ehrfurcht seiner Söhne, die als Märtyrer für die Freiheit von Volk und Vaterland fielen. Der 5. Mai ist der Tag der Märtyrer in Albanien. Am 5. Mai 1942 wurde Quemal Stafa, Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Albaniens (heute Partei der Arbeit Albaniens) und politischer Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Jugend, getötet, als er, die Waffe in der Hand, in Tirana kämpfte.

Heute geht das gesamte Volk jedes Jahr an diesem Tag zu den Gräbern der Märtyrer, um das Andenken seiner Söhne zu ehren.

Albanien hat eine Fläche von 28 000 qkm, und es gab im Kampf gegen den Faschismus 28 000 Söhne und Töchter. Die Partei und das Volk haben die Gräber der Märtyrer an den schönsten Plätzen angelegt. Heute wurden sie Ziel von Massenpilgerfahrten des ganzen Volkes. Junge Männer und junge Mädchen, kleine Kinder und Greise gehen heute dorthin, um ihnen zu huldigen und frische Blumensträuße auf die Gräber der Märtyrer zu legen. Ihre Familien empfingen heute viele Besucher, Partei- und Staatsführer, Waffengenossen der Märtyrer und andere.

Viele Werktätige und junge Männer und Frauen besuchten das Museum des Nationalen Befreiungskampfes und Gedenkhäuser. Die Denkmäler, die an den Stellen errichtet wurden, wo die Märtyrer ihr Blut vergossen, und ihre Büsten wurden mit Kränzen und Blumensträussen geschmückt.

Die Zeitungen widmeten dem Andenken an die Märtyrer ihre Leitartikel und ganze Seiten und zeigten, daß ihr Tod für das albanische Volk eine unerschöpfliche Quelle des Ansporns für den sozialistischen Aufbau und für die Verteidigung des Vaterlandes ist.

„Die Zeit ist vergangen, ein Jahr folgte dem anderen", schreibt „Zeri i popullit" unter anderem, „aber das Andenken und die Liebe zu diesen Gefallenen lebt und ist unsterblich. Das kleine sozialistische Albanien erbaut das Leben, von dem sie träumten und überwindet, wie ein Partisan im Hinterhalt, imperialistische Barbarei, revisionistische Einkreisung, Blockade, Herausforderungen durch die Supermächte, im Namen der großen revolutionären Ideale, im Namen des Kommunismus. Wir verschönern unser Heimatland und halten das Pulver trocken und die Waffen bereit, so daß niemand unsere Freiheit und die Volksmacht beeinträchtigen, niemand unsere Märtyrer, Kriege und Siege beleidigen kann.

An diesem 5. Mai sind wir stärker denn je, bewaffnet mit den Entschliessungen des 4., 5. und 6. Plenums des Zentralkomitees der Partei, mit den Lehren des Genossen Enver Hoxha über die stählerne Volkseinheit, über die Schärfe von Arbeit, Studium und Verteidigung. Bei jedem Schritt, den wir tun, bei jedem Sieg, den wir erringen, steht uns das Ideal der Märtyrer zur Seite.

An diesem Gedenktag, während wir Kränze niederlegen und uns verneigen vor den Gefallenen für die Freiheit, sehen wir um uns in die Welt, die siedet unter schweren Klassenkämpfen, unter Freiheitskämpfen gegen den Imperialismus, den Revisionismus und gegen die Weltreaktion. Das Blut derer, die in den Ebenen und Bergen des heroischen Vietnam und Kambodscha gefallen sind, hat beigetragen zu ihrer Freiheit und Unabhängigkeit. Das war für unser Volk eine unbeschreibliche Freude. Während wir unsere Märtyrer ehren, ehren wir auch voller Hochachtung alle jene, die auf den Barrikaden für Freiheit und soziale Gerechtigkeit fielen, verstärken wir unsere Wachsamkeit und erheben machtvoll unsere Stimme gegen die Wiederbelebung der dunklen Mächte des Faschismus in der Welt. Die Vergangenheit wird sich niemals wiederholen. Heute ist Albanien eine uneinnehmbare Festung, es wird verteidigt von Volkssoldaten und einer heroischen Partei, die alle Kugeln zurückschicken wird, die es im geringsten wagen sollten, uns anzugreifen.

Neben uns stehen die revolutionären Kräfte der ganzen Welt, neben uns steht unerschütterlich das große Volkschina Mao Tsetungs."

(Aus: ATA vom 5. 5. 75).

Moskau unterstüzt die israelischen Zionisten

Ob auf Empfängen arabischer Delegationen, ob in lauten Reden oder langen Zeitungsartikeln – in Worten spielen sich die Kremlführer in Moskau nur allzu gern als die großen „Freunde" der arabischen Völker auf. „Solidarität", „unverbrüchliche Freundschaft" und wie immer sie ihre Verbrechen am Kampf der arabischen Völker beschönigen wollen, die Tatsachen sprechen eine deutlichere Sprache und zeigen, daß die sowjetischen Sozialimperialisten hinterhältige Feinde der arabischen Völker sind.

Während die sowjetische Presse ihr Geschrei von „Freundschaft" ertönen ließ, fuhren Mitte April in aller Offenheit zwei Abgesandte des Kreml nach Tel Aviv, um dort hinter dem Rücken der arabischen Völker mit den israelischen Zionisten zu paktieren. Laut israelischer Presse haben den sowjetischen Sozialimperialisten diese Gespräche dazu gedient, mit den israelischen Zionisten, den geschworenen Feinden der arabischen Völker, über die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu verhandeln. 1967 erst hatten die Kremlführer diese Beziehungen spektakulär als Akt der „Unterstützung der arabischen Völker" abgebrochen. Doch die Beziehungen zu Tel Aviv haben sie dennoch nie ernsthaft eingestellt, sondern vielmehr ständig ausgeweitet.

Zugleich, während in Tel Aviv über die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen verhandelt wurde, fanden in Washington zwischen russischen und israelischen Diplomaten geheime Gespräche statt. Und um das Maß vollzumachen, bereitete sich zur gleichen Zeit eine Delegation der russischen Kirche, geführt von dem Moskauer Kirchenfürsten Nicodim, auf eine Reise nach Tel Aviv vor. Selbst die Mönchskutte scheuen die sowjetischen Sozialimperialisten nicht für ihre Pläne gegen die arabischen Völker.

Wie eng die Zusammenarbeit zwischen Tel Aviv und den Neuen Zaren im Kreml ist, zeigt die Erklärung Gromykos, daß die Sowjetunion für die Garantierung aller Staaten dieses Raumes eintritt, einschließlich Israels. Damit verteidigen die sowjetischen Sozialimperialisten offen das unrechtmäßige faschistische Zionistenregime gegen den gerechten Kampf der arabischen Völker. Sie leugnen damit, daß Palästina niemand anderem als den Palästinensern gehört, daß das Zionistenregime gewaltsam gegen die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes errichtet wurde. Garantierung des faschistischen Zionisten-Regimes oder Unterstützung des gerechten Kampfes des palästinensischen Volkes, so steht die Frage. Die sowjetischen Sozialimperialisten haben offen gezeigt, auf welcher Seite sie stehen.

In diesem Sinn bereiten die sowjetischen Sozialimperialisten auch die Genfer Konferenz vor, auf der die Unterdrückung des palästinensischen Volkes verewigt werden soll. Israels Außenminister Jigal Allon begrüßte in einem Interview mit der französischen Nachrichtenagentur die Erklärung des Moskauer Außenministers Gromyko unverhohlen: „Ich", sagte Allon, „bin vollkommen mit Gromyko einverstanden, wenn er sagt, daß die Genfer Konferenz sorgfältig vorbereitet werden muß." Das zeigt, daß sowohl Moskau als auch Tel Aviv gleiche Ansichten über die Abhaltung der Genfer Konferenz haben. Unter der sogenannten Formel der „sorgfältigen Vorbereitung" versuchen beide Seiten, den Zustand „Weder Krieg noch Frieden" solange wie möglich hinauszuziehen und eine derartige Lage ist natürlich in ihrem beider Interesse. In dieser Situation können die israelischen Zionisten ihr Kriegspotential mit US-Dollars und sowjetischen Juden (bislang schon über 100 000) weiter verstärken und die sowjetischen Sozialimperialisten wie auch gleichzeitig die US-Imperialisten werden in verschiedener Weise versuchen, ihre Anwesenheit und ihren Einfluß im Nahostraum zu vergrößern.

Das sind die wirklichen Ziele der sowjetischen Sozialimperialisten, die sie im Rahmen der Genfer Konferenz und ihrer dunklen Geheimdiplomatie im Nahen Osten verfolgen: Einfluß und Macht in diesem Raum zu gewinnen, um dort ihre Vorherrschaft zu errichten. Wie sollte auch von einer Supermacht, die in der Tschechoslowakei mit Panzern und Bajonetten ihre Gewaltherrschaft über das Volk durchgesetzt hat, plötzlich zu erwarten sein, daß sie einem Volk bei seinem Befreiungskampf zu Hilfe eilt?

Die sowjetischen Sozialimperialisten erinnern stets gern an ihre angebliche „Waffenbrüderschaft" mit den arabischen Völkern. Ohne sowjetische Waffen, behaupten sie arrogant, wäre der Ausgang des Oktoberkrieges undenkbar gewesen. Aber zum einen entscheiden im Krieg nicht die eine oder andere Art von Waffen, sondern die Menschen. Das hat der heroische Sieg der Völker Indochinas glänzend bewiesen. Zum anderen aber – wie sieht es mit dieser von den Kremlführern selbst so gerühmten „Waffenhilfe" aus?

Präsident Sadat hat erst vor kurzem erneut versichert, daß die Sowjetunion nach dem Oktoberkrieg 14 Monate lang keine Waffen geliefert habe – mit Ausnahme von Panzern, die Algerien bezahlt habe. Dies diente keinem anderen Zweck, als die arabischen Länder in ihrer errungenen Position zu schwächen und eine Fortführung des siegreichen militärischen Kampfes der arabischen Völker zu stoppen. Und die Waffen, die vor dem Oktoberkrieg geliefert wurden? Für sie – oft veraltete Modelle aus den Mottenkisten der Moskauer Rüstungsarsenale – haben die sowjetischen Sozialimperialisten Milliarden verlangt – nicht anders als jeder andere imperialistische Waffenhändler. Sie haben den Waffenhandel dazu benutzt, um die arabischen Länder, vor allem Ägypten auszuplündern, soweit es nur irgend geht. **In seiner traditionellen Mairede, die Präsident Sadat im Stadion der oberägyptischen Universitätsstadt Assiut hielt, prangerte Sadat diese Ausplünderung durch die Sowjetunion an. Er zeigte, daß die Sowjetunion rigoros die Schulden eintreibt, die zum Teil in Form von Naturalien abgetilgt werden, so daß im Lande Teuerung und Nahrungsmittelknappheit herrschen. Sadat bewies seinen Zuhörern, daß illegale Agitatoren – und damit meint Sadat niemand anderen als die Revisionisten in Ägypten, die fünfte Kolonne der sowjetischen Sozialimperialisten – genau jene Mißstände im Land anprangern, für die aber einzig und allein das unerbittliche Pochen der Sowjetunion auf Zahlungen, Lieferungen und Termine verantwortlich ist. Die modernen Revisionisten hatten versucht, mit Demonstrationen der Regierung allein Teuerung und Nahrungsmittelknappheit in die Schuhe zu schieben, von innen her Unruhe zu stiften und die Stellung der ägyptischen Regierung gegenüber den sowjetischen Sozialimperialisten von innen her auszuhöhlen.**

Waffenlieferungen zum Zweck der politischen Erpressung und zur Ausplünderung der arabischen Länder – nichts anderes steckt hinter der „Solidarität" und der „Waffenbrüderschaft" der sowjetischen Sozialimperialisten. Ihre „Unterstützung" ist in Wahrheit direkte Sabotage am Kampf der arabischen Völker, Sabotage einer imperialistischen Supermacht, die diese Völker unter ihren Militärstiefel zwingen will und die nur deshalb von „Solidarität" und „Freundschaft" redet, um hinter dieser Tarnung den Verrat am Kampf der arabischen Völker noch schändlicher treiben zu können.

Kissinger in Bonn und Westberlin

Am 20. Mai ist der amerikanische Außenminister Kissinger nach Bonn gekommen und einen Tag später nach Westberlin weitergereist, wo er eine Rede vor dem Abgeordnetenhaus gehalten hat. Was wollte dieser Verbrecher im Dienst der amerikanischen Imperialisten, der eben erst den Überfall auf Kambodscha organisiert hat, in unserem Land?

Kissinger kam am Vorabend der Nato-Gipfelkonferenz, die in den nächsten Wochen abgehalten wird, in die Bundesrepublik gereist, um sich der Treue und Verbundenheit der westdeutschen Imperialisten zu versichern, um die Widersprüche zwischen den westdeutschen und den amerikanischen Imperialisten auszuräumen. Die Tatsache, daß auch die westdeutschen Imperialisten, die treuesten Verbündeten der USA in Westeuropa, Schritte unternommen haben, die dazu beitragen, die Einheit der westeuropäischen Länder gegen die beiden Supermächte voranzutreiben, die dazu beitragen, die Verbindung der EG zu den Ländern der Dritten Welt auf der Basis der Gleichberechtigung, wie z.B. die Unterzeichnung des Abkommens von Lome, zu festigen, daß sie sich in gewissem Maß dem Druck der amerikanischen Imperialisten widersetzen und sich z.B. geweigert haben, die DRV zu verurteilen, ebenso wie sie gegen die Benutzung westdeutscher Häfen protestiert haben, die die amerikanischen Imperialisten als Nachschubbasis für Israel im Aggressionskrieg gegen die arabischen Länder benutzen wollten, all das hat in Washington Besorgnis ausgelöst.

Dennoch, die westdeutschen Imperialisten haben am Vorabend des Kissinger-Besuches durch alle drei Parteien im Bundestag ihre Bündnistreue zu den amerikanischen Imperialisten beschworen. Sie priesen die Notwendigkeit der „festen Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten" und warnten vor jedem „Mißtrauen" ihnen gegenüber. Das ist sehr gefährlich und den Lebensinteressen des deutschen Volkes diametral entgegengesetzt.

Mißtrauen und Wachsamkeit sind sehr wohl am Platze! Die amerikanischen Imperialisten haben gerade in der letzten Zeit nach den Schlägen, die ihnen die Völker Indochinas versetzt haben, immer wieder erklärt, daß nun ihr Hauptaugenmerk auf Westeuropa gerichtet sei und sie haben darüber hinaus die Zahl ihrer Kampftruppen in den westeuropäischen Ländern und vor allem in unserem Land erheblich erhöht, während sie gleichzeitig jede Möglichkeit ausnutzen, um Druck auszuüben, um Westeuropa fest unter ihrer Kontrolle zu behalten. **Offen hat US-Präsident Ford denn auch erklärt: „Wir werden uns nicht zurückziehen. Wir werden uns bemühen, unsere Möglichkeiten besser auszuschöpfen, um unsere führende Stellung in der Welt zu bewahren."**

All dies sind Anstrengungen, die die amerikanischen Imperialisten im Rahmen der heftigen Rivalität der beiden Supermächte, der USA-Imperialisten und der sowjetischen Sozialimperialisten, deren Schwerpunkt in Europa liegt, unternehmen, die sie unternehmen angesichts des drohenden Aufmarsches der Neuen Zaren im Kreml an den Grenzen Westeuropas, ihrer verstärkten Kriegsrüstungen und ihrer aggressiven Politik, die die Unabhängigkeit der Völker und Nationen Westeuropas bedroht. Die amerikanischen Imperialisten wollen sich den schmackhaften Bissen Westeuropa nicht wegnehmen lassen. **„Die beiden Supermächte", erklärte Genosse Tschou En-lai am 13. Januar auf dem IV. Nationalen Volkskongreß der Volksrepublik China, „die USA und die Sowjetunion, sind die größten internationalen Unterdrücker und Ausbeuter unserer Zeit, sie sind die Quelle eines neuen Weltkrieges. Ihre heftige Rivalität muß eines Tages zum Weltkrieg führen. Die Völker aller Länder müssen sich darauf vorbereiten."**

Die sowjetischen Sozialimperialisten und ihre fünfte Kolonne, die modernen Revisionisten, haben gerade eben eine große Propagandakampagne über die Entspannung und den Frieden in der Welt inszeniert, um die Völker und Nationen in Sicherheit zu wiegen. Aber Tatsachen lassen sich schlecht verheimlichen. Selbst Kissinger warnte kürzlich in einer Rede vor den wachsenden Kriegsrüstungen Moskaus und viele Länder Westeuropas haben ihre Wachsamkeit erhöht und offen ihr Mißtrauen in die „Friedensliebe" Moskaus ausgesprochen und Maßnahmen ergriffen, um den Zusammenschluß der Länder Westeuropas gegen die beiden Supermächte voranzutreiben. Die Nato-Gipfelkonferenz, zu deren Vorbereitung Kissinger in die Bundesrepublik gekommen ist, dient nicht der Verteidigung der Unabhängigkeit und Freiheit der Nationen und Völker Westeuropas gegen die sowjetischen Sozialimperialisten, sondern den hegemonistischen aggressiven Zielen der anderen Supermacht, der amerikanischen Imperialisten. **Die Erklärungen der westdeutschen Imperialisten zeigen erneut, daß die Hauptseite ihrer Politik ist, sich dem Diktat der Supermächte zu unterwerfen.**

Im Kampf gegen die wachsende Kriegsgefahr durch die zwei Supermächte sind die Völker die treibende Kraft, die sich zusammenschließen werden, und, geführt von ihren marxistisch-leninistischen Parteien, letzten Endes den Sieg davontragen werden.

Auf dem Meer und inder Luft

SU-Spionage gegen Westeuropa

Immer häufiger wird das Vordringen der sowjetischen Sozialimperialisten in den See- und Luftraum West- und Nordeuropas aufgedeckt. Das ist zum einen ein Zeichen dafür, daß die sowjetischen Sozialimperialisten ihre Aktivitäten ausweiten, zum anderen aber auch dafür, daß die Wachsamkeit gegenüber dieser aggressiven Supermacht zunimmt. Verschiedene Länder Nord- und Westeuropas nehmen die ständige Verletzung ihrer Hoheitsgebiete zu Lande und zu Wasser durch die Neuen Kremlzaren nicht mehr stillschweigend hin.

Schweden. Vor einigen Tagen wurde von der schwedischen Küstenwacht östlich von Gotland ein U-Boot ausgemacht, das in der Tiefe an der schwedischen Küste herumspionierte. Das schwedische Verteidigungsministerium hat in letzter Zeit bereits öfter festgestellt, daß sowjetische Kriegsschiffe schwedische Hoheitsgewässer verletzten. Offensichtlich hat die schwedische Regierung beschlossen, die immer frecheren Grenzverletzungen durch die sowjetischen Sozialimperialisten nicht mehr tatenlos hinzunehmen: Das U-Boot, das von der Küstenwache verfolgt wurde, wurde mit Wasserbomben belegt. Es konnte jedoch entkommen.

Britannien. Spionageflugzeuge der sowjetischen Sozialimperialisten dringen immer häufiger in den britischen Luftraum ein. Besonders in den Gebieten, wo nach Erdöl im Meer gebohrt wird, tauchen immer wieder sowjetische Kriegsmaschinen am Himmel auf. Auch sowjetische Spionageschiffe dringen frech bis in nächste Nähe der Bohrstellen vor, als ob die sowjetischen Sozialimperialisten schon jetzt vermessen wollten, welche Schätze Westeuropa zu bieten hat, das sie mit ihrer Kriegsmaschine bedrohen. Die britische Luftwaffe fängt praktisch jede Woche sowjetische Flugzeuge bei dem Versuch ab, in den britischen Luftraum einzudringen. Der Unterstaatssekretär im Verteidigungsministerium in London, Brynmor John, erklärte, es vergehe keine Woche, ohne daß sowjetische Maschinen zum Kurswechsel gezwungen werden müßten. Vor einigen Wochen entdeckten Flugzeuge der britischen Luftwaffe in der Nordsee ein bisher unbekanntes riesiges sowjetisches Schwimmdock, das die sowjetischen Sozialimperialisten offensichtlich konstruiert haben, um in noch größerem Maßstab vor den Küsten anderer Länder ihre U-Boot-Flotte operieren zu lassen und diese Länder zu bedrohen.. Das Schwimmdock, das die neuesten mit ballistischen Atomraketen ausgerüsteten U-Boote der Moskauer Kriegsflotte aufnehmen kann, die über 125 Meter lang sind, ist praktisch ein schwimmender Stützpunkt.

Island. Die isländische Marine hat vor der Küste Islands erneut ein sowjetisches Unterwasserhorchgerät geborgen. Es handelt sich bereits um die vierte Spionageanlage der Russen, die in den Gewässern Islands gefunden wurde. Diese Anlagen dienen den sowjetischen Sozialimperialisten dazu, die Schiffsbewegungen anderer Länder, vor allem aber die Positionen von U-Booten auszuspionieren.

All diese Tatsachen zeigen, daß die sowjetischen Sozialimperialisten für die Durchführung ihrer aggressiven Pläne im Ringen mit dem US-Imperialismus um die Vorherrschaft in Europa unermüdlich Vorbereitungen treffen und stetig ihre aggressive Militärmaschinerie ausbauen, um eines Tages ganz Europa sich gewaltsam einzuverleiben. Der sowjetische Sozialimperialismus trifft seine Vorbereitungen. Die Völker müssen ihrerseits Vorbereitungen treffen, um diese aggressive Supermacht niederzuringen. Sie müssen ihre Wachsamkeit ständig erhöhen und vor allem den Illusionen, die die modernen Revisionisten über „Sicherheit und Entspannung in Europa" verbreiten, entschieden entgegentreten. Wenn sie sich aber zusammenschließen und gemeinsam den gefährlichen Feind bekämpfen, dann werden sie unbedingt den Sieg über die beiden Supermächte erringen können.

KAMPF DER WACHSENDEN KRIEGSGEFAHR DURCH DIE ZWEI SUPERMÄCHTE!

FÜR DIE EINHEIT UND SOLIDARITÄT DER EUROPÄISCHEN VÖLKER!

'K'B-Führer

Vor dem Karren des Sozialimperialismus

Kurz nachdem in Ostberlin 18 Genossen der GRF von den Sozialfaschisten der DDR verhaftet worden waren, wollte der „Kommunistische" Bund der Uni-Vollversammlung in Hamburg eine Resolution vorlegen, in der die „sozialchauvinistischen Provokationen der Gruppen ‚KPD' und ‚KPD/ML' " verurteilt werden sollten.

„Sozialchauvinistisch" waren für die „K"B-Führer alle Aktionen gegen den sowjetischen Sozialimperialismus am 8. Mai, von denen sie wohl erfahren hatten: die Aktion der GRF in Ostberlin, eine andere Aktion in Westberlin sowie der Kampf der Partei gegen eine Veranstaltung in Westberlin, an der zwei sowjetische Generäle teilnahmen. **Die „K"B-Führer gehen so weit, diese Aktionen in eine Reihe mit Aktionen von offenen Faschisten zu stellen.**

„Sozialchauvinistisch" sind diese Kämpfe gegen den sowjetischen Sozialimperialismus nach Ansicht der „K"B-Führer deshalb, weil „unter dem Deckmantel einer Kritik an der UdSSR der imperialistische Zusammenschluß und die militärische Stärke Westeuropas propagiert wird." Scheinheilig stellen sie fest: „Die Uni-VV stellt darüber hinaus fest, daß mit diesen provokatorischen Aktionen jede berechtigte und notwendige Kritik an der Politik der UdSSR diffamiert wird."

Niemand leugnet natürlich, daß sich in der EG imperialistische Mächte zusammengeschlossen haben. Aber darum geht es den „K"B-Führern auch gar nicht. Ihnen geht es nicht darum, daß man am 8. Mai, dem Tag der Niederlage des Hitlerfaschismus auch gegen den US-Imperialismus kämpfen und die Verlogenheit seiner Propaganda vom „freien Westen" aufdecken muß. Es geht ihnen nicht darum, daß man an diesem Tag auch gegen den westdeutschen Imperialismus kämpfen und auf die drohende Gefahr der Errichtung einer erneuten faschistischen Diktatur hinweisen muß. Ginge es ihnen darum, könnte man sie leicht beruhigen, denn diese Kämpfe führt die KPD/ML.

Worum es ihnen geht, ist, daß die KPD/ML nicht nur die eine Supermacht angreift, sondern genauso entschlossen auch die andere Supermacht bekämpft, den sowjetischen Sozialimperialismus, der heute drohend an den Grenzen Westeuropas steht und alles daran setzt, dieses entscheidende Gebiet dem US-Imperialismus und seinem Einfluß zu entreißen.

Wie fest sich die „K"B-Führer bereits vor den Karren des sowjetischen Sozialimperialismus gespannt haben, sieht man daran, daß einige Führer nach der Verhaftung der GRF-Genossen in Ostberlin keinen anderen Wunsch hatten, als daß diese Genossen jetzt einige Jahre in den Gefängnissen der DDR zubringen müßten!

Wie es im übrigen mit ihrer „berechtigten Kritik" an der Sowjetunion steht, hinter der einige Anhänger des „K"B vielleicht doch so etwas wie eine grundsätzliche Ablehnung des sozialfaschistischen Systems dort vermuten möchten, zeigte sich auf einer Veranstaltung des „K"B vor kurzem. **Dort konnte man nämlich, malerisch angeordnet, die Fahne dieser aggressiven, kriegslüsternen Supermacht an der Wand bewundern . . .**

15Jahre für die Mörder von Vast

Empörung erzwingt Verurteilung

Kürzlich fand vor dem Mannheimer Landgericht der siebte Prozeß im Zusammenhang mit den bekanntgewordenen Fällen von Folter und Mord im Mannheimer Gefängnis statt. Nach neun Verhandlungstagen wurden am 12. Mai die beiden Gefängnisaufseher Deis und Otto zu jeweils 15 Jahren Haft verurteilt. Der dritte Angeklagte in diesem Prozeß, Maisch, hatte sich während der Untersuchungshaft das Leben genommen.

Es ist sicher ein großer Erfolg des mutigen Kampfes von Häftlingen aus dem Mannheimer Gefängnis und von fortschrittlichen Organisationen, daß die bürgerliche Klassenjustiz den Mördern des Gefangenen Vast doch noch den Prozeß machen mußte, nachdem die staatsanwaltlichen Ermittlungen bereits eingestellt worden waren, nachdem monatelang jeder als „Verleumder" angegriffen wurde, der die offizielle Todesursache, wie sie auch den Angehörigen von Vast mitgeteilt worden war – Tod durch Herzstillstand – angriff. Trotzdem wären Illusionen über die „Gerechtigkeit" der Justiz fehl am Platz. Auch der Polizist Diehl, der in Dortmund Erich Dobhard erschoß, wurde zunächst vor dem Landgericht zu einem halben Jahr Gefängnis verurteilt. Kaum ein Jahr später sprach ihn der Bundesgerichtshof frei.

Gegen wen sich der Terror des Kapitals und des Staates tatsächlich richtet, zeigt folgendes Beispiel: Einer von ihnen, der sogar aus dem Justizdienst entlassen werden mußte, fand vor kurzem Arbeit bei der BASF in Ludwigshafen – mit Zustimmung des gleichen Betriebsrates, der der fristlosen Entlassung unseres Genossen Peter Bayer zustimmte.

Eine ähnliche Entwicklung deutete sich im Prozeß gegen die Mörder von Vast bereits an. Ein Grund mit für die relativ hohe Strafe für die Beamten Deis und Otto war auf jeden Fall der Selbstmord von Maisch und sein Geständnis, das großes Aufsehen erregt hat. Im Prozeß nun wurde bereits versucht, dieses Geständnis dadurch zu diskriminieren, daß vor allem die Anwälte der beiden Gefängniswärter behaupteten, Maisch sei zu diesem Zeitpunkt nicht mehr bei Verstand gewesen. Das Gericht bemühte sich außerdem fortwährend, hervorzuheben, daß Vast im Grunde schuld an dem Verbrechen der drei gewesen sei, weil er „randaliert" habe. Zudem baute das Gericht in seiner Urteilsbegründung im Hinblick auf einen neuen Prozeß tausend Brücken, um die Tat der Beamten in einem verhamrlosenden Licht erscheinen zu lassen.

Von welchem Geist dieser Prozeß geprägt war, zeigte sich deutlich daran, daß das Gericht auf der einen Seite die Zuschauer bedrohte, als sie bei der Urteilsverkündung Beifall klatschten, während auf der anderen Seite der Anwalt von Otto in seinem Plädoyer ohne den geringsten Widerspruch des Gerichts feststellen konnte, Otto habe sich wohl daran beteiligt, einem Gefangenen eine Abreibung zu verpassen, aber so etwas sei sicherlich nicht zum ersten Male passiert und geschehe nicht nur in der Vollzugsanstalt Mannheim!

In der Tat war es genau diese Tatsache, daß die hier angeklagten Beamten keine „schwarzen Schafe" unter den Strafvollzugsbeamten sind, sondern Mißhandlungen und Quälereien zum Alltag des kapitalistischen Strafvollzugs gehören, die im Prozeß vertuscht werden sollten. So wurde den Gefangenen sofort das Wort abgeschnitten, wenn sie von weiteren Folterungen im Gefängnis berichten wollten. Einer der Gefangenenzeugen war vor seiner Vernehmung 11 Stunden im Keller des Gerichtsgebäudes in einem Raum ohne Pritsche, ohne Licht und ohne Essen eingesperrt worden. Als er sich daraufhin weigerte, auszusagen und einen Weinkrampf bekam, durfte er sich für eine Stunde auf einen Stuhl im Kellergang „ausruhen".

Die Zuschauer bei diesem Prozeß wurden von einem großen Polizeiaufgebot, ausgerüstet mit Tränengaswaffen, bewacht. Auf jede Meinungsäußerung der Zuschauer hin wurde ihnen mit Polizeieinsatz gedroht, mehrfach wurden einzelne willkürlich aus dem Saal gewiesen. So zeigte auch der Verlauf des Prozesses den Charakter dieser Justiz: Sie verurteilt schon mal den einen oder anderen Schläger und Mörder in ihren Diensten, wenn sie gar nicht anders kann. Aber was sie mit Terror unterdrückt, ist der Kampf der Bevölkerung gegen ihre Auftraggeber, gegen die kapitalistische Justiz, gegen den kapitalistischen Staat.

Korrespondenzen

KÖLN

Am Montag letzter Woche, kurz nachdem Werner Sauber in Köln von der Polizei erschossen worden war, kam eine Kripo-Kommission auch zu KHD in Köln, wo Werner Sauber unter einem anderen Namen gearbeitet hatte. Spinde wurden durchsucht und den ganzen Tag durfte niemand ohne Passierschein zu den Spinden, teilweise waren die Räume sogar abgeschlossen. Außerdem wurden alle Kollegen aufgefordert, sich mit Informationen an die Kripo zu wenden. Ein Kollege erzählte mir, er habe Werner Sauber öfter zusammen mit einer bestimmten Frau gesehen und habe das an sich der Polizei erzählen wollen. Als er dann aber die Polizisten gesehen habe, habe er sich gedacht: Was hast du mit denen eigentlich zu tun? , und sei wieder umgekehrt.

Ein Vertrauensmann hat übrigens erzählt, daß die Sicherungsgruppe Bonn immer noch im Betrieb sei.

Ein Genosse von KHD.

KÖLN

Am Samstag letzter Woche kamen zwei Jugendliche, die während der Landtagswahl in NRW Kontakt zur Partei gewonnen hatten, ins Parteibüro in Köln und erzählten von einem Überfall der Polizei auf ein Haus, in dessen Keller sich häufig 20 bis 30 Jugendliche treffen und einige auch wohnen. Am Donnerstag hatte einer der Jugendlichen auf dem Hof des Hauses mit einem Luftgewehr geschossen. Polizisten wollten daraufhin in eine der Wohnungen des Hauses eindringen, wo sie aber zurückgewiesen wurden, weil sie keinen Hausdurchsuchungsbefehl hatten. Daraufhin war das Haus in kürzester Zeit von 60-70 Polizisten umstellt, Scharfschützen standen auf den Dächern und Balkonen umliegender Häuser. Die Polizisten drangen in das Haus ein, alle 30 Jugendliche wurden kontrolliert, sechs von ihnen mit aufs Revier genommen und eine Nacht festgehalten. Danach drangen die Polizisten erneut in eine Wohnung ein, in der zwei Mädchen alleine waren und nahmen alles mit, was irgendwie elektronisch war, darunter zwei elektrische Gitarren. Hinterher hieß es, die Jugendlichen hätten eine Anzeige wegen mehrfachen Diebstahls zu erwarten. Die Jugendlichen waren über diesen Polizeieinsatz, bei dem die Polizei offensichtlich hoffte, irgendwelche „Terroristen" aufzufinden, sehr empört. „Das sind doch Polizeistaatsmethoden", sagte einer. Genossen der Partei werden sich mit einigen der Jugendlichen treffen und ihren Kampf unterstützen.

BREMEN

An die Redaktion des ROTEN MORGEN!

Seit kurzer Zeit liege ich im Krankenhaus und habe erst hier den ROTEN MORGEN und die KPD/ML kennengelernt. Ich stimme der KPD/ML in allen Punkten zu. Neben mir liegt einer von Euch, durch den ich das alles erfahren habe. Auch die Sachen, die man sonst nicht zu hören kriegt, z.B. der Mord an Günter Routhier. Ich befasse mich jetzt auch mit den Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung. Radio Tirana höre ich auch manchmal. Ich habe zwar noch Fragen, aber bin mir sicher, daß ich mich organisieren werde und mit für ein vereintes, unabhängiges und sozialistisches Deutschland kämpfen werde. Ich wünsche Euch viel Erfolg.

Rot Front! Martin (ein Patient aus Hocheim).

Haftbefehl gegen Anwalt Haag

In der letzten Woche wurde auch Rechtsanwalt Stroebele aus Westberlin endgültig von der Verteidigung seines Mandanter Andreas Baader ausgeschlossen. Rechtsanwalt Stroebele will gegen diesen Ausschluß vor dem Bundesverfassungsgericht klagen. Damit sind drei Rechtsanwälte für den bevorstehenden Prozeß gegen 4 RAF-Gefangene von der Verteidigung ausgeschlossen worden. Ein vierter Anwalt, Haag, der seit seiner vorläufigen Festnahme nicht mehr in seiner Anwaltskanzlei erschien, wird inzwischen per Haftbefehl gesucht.

Es ist kein Zufall, daß der Staatsapparat mit besonderem Terror gegen Rechtsanwalt Haag vorging. Er, der Holger Meins zuletzt lebend gesehen hat, ist der Kronzeuge für die Ermordung dieses Gefangenen. Man kann sich leicht vorstellen, daß die Bourgeoisie, die den Prozeß mit unglaublichen Lügengeschichten über die Greueltaten der RAF-Gefangenen und rührseligen Geschichten über Polizeiwitwen vorbereitet, um jeden Preis verhindern will, daß hier ein Rechtsanwalt als Verteidiger auftritt, der den Prozeß zu einer Anklage gegen die wirklichen Mörder in diesem Staat macht, gegen die, die seinen ehemaligen Mandanten zu Tode folterten.

Für jeden der 800 Zuschauer der nicht dort sitzt, um für die Hetze der Bourgeoisie Stoff zu sammeln, und für die Öffentlichkeit würde das eindeutig zeigen, daß dieser Prozeß nur einen Zweck hat, die „legale" Grundlage zu liefern für die längst beschlossene weitere Inhaftierung und weitere Folterung der angeklagten Gefangenen.

Gerade in Anbetracht dieser Bedeutung, die Rechtsanwalt Haag dafür besitzt, der Bourgeoisie bei diesem Prozeß einen Strich durch die Rechnung zu machen, ist die Antwort, die er auf den Terror des bürgerlichen Staatsapparates gegeben hat, falsch. Rechtsanwalt Haag schreibt in seiner Erklärung, soweit sie in der bürgerlichen Presse richtig wiedergegeben ist, unter anderem, daß es jetzt darauf ankomme, „im Kampf gegen den Imperialismus wichtigere Aufgaben in Angriff zu nehmen." Wir wissen nicht, was Rechtsanwalt Haag konkret unter diesen „wichtigeren Aufgaben versteht, Klar ist aber auf jeden Fall, daß Rechtsanwalt Haag in diesem Prozeß eine sehr wichtige Aufgabe gehabt hätte, die auch niemand an seiner Stelle erfüllen kann, Klar ist, daß er mit seinem Schritt – gegen ihn war kein Ausschlußverfahren eingeleitet – zugunsten von „wichtigeren Aufgaben" eine Kampfposition aufgegeben hat, die die Kampfbedingungen nicht nur im Prozeß gegen die RAF-Gefangenen, sondern auch in anderen politischen Prozessen, in denen Rechtsanwalt Haag Kommunisten und Revolutionäre verteidigt, erheblich erschwert.

Was Rechtsanwalt Haag bei seinem Schritt – mag er auf den ersten Blick auch besonders mutig erscheinen – vergißt, ist daß niemand, dem ernsthaft am Kampf gegen den imperialistischen Staat gelegen ist, nach eigenem Gutdünken entscheiden kann, was „wichtigere und unwichtigere Aufgaben' sind. Die Verteidiger der RAF-Gefangenen haben in ihren Prozeßerklärungen oft genug und völlig zu recht betont, daß es der Bourgeoisie im Moment darauf ankommt, die fortschrittlichen Rechtsanwälte auszuschließen, zu verfolgen und einzuschüchtern, um Kommunisten und andere Revolutionäre reibungslos verurteilen zu können. Der Weg, den Rechtsanwalt Haag gewählt hat, schadet dem Kampf gegen diese weiteren Faschisierungsmaßnahmen.



Inzwischen erhielt auch Genosse Bernd Reiser, Mitglied der Zentralen Leitung der Roten Hilfe Deutschlands, die Ladung zum Strafantritt zu einem Jahr Gefängnis, zu dem er wegen seiner Teilnahme am Roten Antikriegstag 1972 verurteilt worden war. Genosse Bernd soll in die Justizvollzugsanstalt Ebrach eingeliefert werden.

Genosse Hubert Lehmann, der bereits vor einiger Zeit die Ladung zum Strafantritt bekam und wie bereits Genosse Peter Bayer der Polizei telefonisch Bescheid gegeben hatte, daß man ihn holen solle, wenn man ihn einsperren wolle, war bis zum Redaktionsschluß noch frei. Wir bitten bei dieser Gelegenheit unsere Leser, die den inhaftierten Genossen schreiben wollen, sich bei den entsprechenden Parteibüros in Mannheim und München über die weitere Entwicklung zu informieren.



KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

MARBURG

Im April fanden in Marburg zwei politische Prozesse statt. In einem Prozeß war ein Antifaschist angeklagt, der bei einer Veranstaltung des Faschisten Löwenthal in der Marburger Stadthalle gegen die offenen Faschisten gekämpft hatte und bei dem brutalen Polizeieinsatz festgenommen worden war. Im anderen Prozeß waren zwei Genossen wegen „wilden Plakatierens" angeklagt.

Zu beiden Prozessen informierten und mobilisierten die KPD/ML, die Rote Garde und die Rote Hilfe Deutschlands. 200 DM konnten auf diese Weise vor allem unter Unorganisierten für die Prozeßkosten gesammelt werden. 200 Menschen gaben ihre Unterschrift für den Freispruch des Antifaschisten. Rund 50 Zuschauer waren zum Prozeß erschienen, viele haben dadurch zum ersten Mal mit der Partei Kontakt bekommen.

Im Prozeß wegen des „wilden Plakatierens" wurden die Genossen trotz widersprüchlicher Polizeiaussagen zu 100 bzw. 50 DM Strafe verurteilt.

Im anderen Prozeß zeigte gleich der erste Polizeizeuge, worum es hier ging. Er erklärte, daß die Polizei aufgrund von Kundgebungen der D„K"P davon ausgehen konnte, daß „die Störer in der Stadthalle alle links von der D,K'P standen". Mit anderen Worten, brutaler Polizeiterror ist da angebracht, wo Marxisten-Leninisten kämpfen. Im Verlauf des Prozesses versuchte das Gericht, die Angeklagten, die Zeugen, die Verteidigung und die Zuschauer mit Drohungen wegen Prozeßverschleppung, Meineidverfahren Ordnungsstrafen und Ausschlüssen einzuschüchtern.

Pech hatte das Gericht allerdings mit seinen Polizeizeugen, da sie sich nicht nur widersprachen, sondern vor allem das „Opfer" für die „Körperverletzung", auf die unter anderem die Anklage lautete, nicht aufzufinden war. Der Prozeß mußte deshalb zunächst ausgesetzt werden.

WESTBERLIN

Anfang der letzten Woche wurden in Westberlin zwei Nazi-Verbrecher begnadigt. Einer dieser Verbrecher hatte jüdische Häftlinge im KZ Birkenau ermordet, der andere war als ärztlicher Leiter des Gesundheitsamtes in Grootkau/Polen verantwortlich für die Erschießung und Vergiftung von mindestens 47 Geisteskranken. Für die Begnadigung hatte sich unter anderem der evangelische Bischof Scharf eingesetzt. Begründet wurde die Entlassung der beiden nach 20 bzw. 17 Jahren damit, daß eine längere Haft ihre Persönlichkeit unrettbar zerrütten würde.

Diese Begnadigungsbegründung klingt für jeden ehrlichen Menschen wie ein Hohn, aber sie zeigt den Geist und die Aufgabe der bürgerlichen Klassenjustiz. Verbrecher werden vor der „Zerrüttung ihrer Persönlichkeit" gerettet. Gleichzeitig aber arbeitet ein ganzer Wissenschaftszweig daran, die Zerrüttung der Persönlichkeit von Revolutionären durch Isolationsfolter noch weiter zu vervollkommnen, werden die Gefängnisse für Millionen und Abermillionen umgebaut, einzig und allein zu dem Zweck, politische Gefangene so schnell wie möglich psychisch und physisch zu brechen.

KARLSRUHE

Die Revision des Genossen Georg Schmidt gegen das Urteil des Landgerichts, das ihn zu 12 Monaten Gefängnis ohne Bewährung wegen seiner Teilnahme an der Roten Antikriegstagsdemonstration 1972 verurteilt hatte, ist abgelehnt worden. Auch Genosse Schorsch muß deshalb jetzt jederzeit mit einer Aufforderung zum Strafantritt rechnen.

BIELEFELD

Weil sie angeblich 1973 Parolen zum Lohnkampf und zum Kampf der indochinesischen Völker vor Kammerich/Mannesmann und Rheinstahl in Brackwede gemalt haben sollen, standen jetzt zwei Bielefelder Genossen vor Gericht. Die Anklage lautete auf Sachbeschädigung, aber im Prozeß wurde völlig klar, daß es hier um den Inhalt der Parolen, um die Gesinnung der beiden Genossen ging. Trotz widersprüchlicher Aussagen der Polizeizeugen wurden die Genossen zu 100 DM „Buße" an das Rote Kreuz verurteilt. (Der Richter zynisch: „Weil das Rote Kreuz auch in Vietnam arbeitet und Sie sind ja so dafür").

ANKÜNDIGUNG

Die RHD bittet uns bekanntzugeben, daß am Samstag, den 24. Mai 1975 im Raum Bochum/Dortmund eine Großveranstaltung der RHD zu den Antikriegstagsprozessen stattfinden wird.

SPENDENKONTO

Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzahlen auf das Konto:

Vorstand der KPD/ML

– Spendenkonto –
Sparkasse Dortmund
Kto. Nr. 321 004 547
Stichwort: SOLIDARITÄT

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Laos: US Putschversuch zerschlagen

Glänzende Siege des laotischen Volkes

Laos wird bald befreit sein! Nach dem Sieg der Völker von Kambodscha und Vietnam stehen die amerikanischen Imperialisten und ihre Lakaien auch in diesem Land vor ihrer endgültigen Niederlage. In heller Panik haben die rechten Minister der Regierung der Nationalen Union, die Lakaien der US-Imperialisten, das Land verlassen. Jetzt versuchen sie in ihrer Propaganda den gerechten Befreiungskampf, den das laotische Volk unter der Führung der Laotischen Patriotischen Front führt, als „Aggression", „Bruch des Friedens" und „Machthunger der Kommunisten" zu verleumden.

Tatsache aber ist, daß die amerikanischen Imperialisten über zwanzig Jahre lang einen äußerst grausamen Aggressionskrieg gegen das laotische Volk geführt haben. 1954 traten sie auch in Laos offen das Erbe der französischen Kolonialisten an, stürzten bald darauf die 1957 gebildete Regierung der Nationalen Union und überzogen das Land mit Aggression und Krieg, um Laos zu ihrer Neokolonie zu machen, die laotische Revolution zu unterdrücken und es als Sprungbrett für ihren Aggressionskrieg gegen das vietnamesische Volk, vor allem die DRV zu benutzen.

Unter der Führung der Laotischen Patriotischen Front erhob sich das ganze Volk zum gerechten Widerstandskrieg gegen die US-Imperialisten und fügte ihnen solche Niederlagen zu, daß sie gezwungen waren, 1962 im Genfer Abkommen die Unabhängigkeit, Neutralität, Souveränität, Einheit und territoriale Integrität von Laos zu garantieren. Die amerikanischen Imperialisten haben aber dieses Abkommen niemals eingehalten, im Gegenteil, sie verstärkten ihren Aggressionskrieg gegen das laotische Volk. Sie schickten 12 000 ihrer Soldaten und Zehntausende von thailändischen und südvietnamesischen Söldnertruppen in das Land und entfesselten einen grausamen Bombenkrieg gegen das Volk, dessen Intensität sogar ihren Bombenkrieg gegen die DRV übertraf.

Geführt von der Laotischen Patriotischen Front entfachte das laotische Volk erneut das Feuer des revolutionären Volkskrieges, befreiten nach und nach 80% des Landes und schlug die amerikanischen Imperialisten und ihre Lakaien an allen Fronten. So sahen sie sich gezwungen, im Februar 1973 das Abkommen von Vientiane zu unterzeichnen, in dem sich die amerikanischen Imperialisten verpflichten, jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Laos aufzugeben, das einen Waffenstillstand und die Herstellung des Friedens deklariert und die Lösung aller inneren Probleme des Landes im Geist der Nationalen Eintracht und durch Beratungen. Das Abkommen bestimmt weiter die Bildung einer Regierung der Nationalen Union, um ein neues Laos, ein friedliches, unabhängiges, neutrales, demokratisches, einheitliches und aufblühendes Land aufzubauen.

Das Abkommen von Vientiane dokumentierte den Sieg, den das laotische Volk unter Führung seiner Patriotischen Front im Volkskrieg gegen die USA-Imperialisten und ihre Lakaien errungen hatte. Der nach der Unterzeichnung veröffentlichte Appell des ZK der Laotischen Patriotischen Front stellt fest, daß die großen Siege auf den heroischen Kampf des Volkes zurückzuführen sind, daß aber der Kampf weitergehen wird und höchste Wachsamkeit vonnöten ist, um die Errungenschaften der Revolution und die befreiten Gebiete zu verteidigen. Tatsächlich setzten die USA-Imperialisten auch nach der Unterzeichnung des Abkommens ihre Bombenangriffe fort, bis sie ein Jahr später gezwungen wurden, ihre direkte militärische Intervention in Laos einzustellen und eine Provisorische Koalitionsregierung der Nationalen Union gebildet werden konnte.

Angesichts der großartigen Siege des kambodschanischen und des vietnamesischen Volkes versuchten die amerikanischen Imperialisten und ihre Lakaien Anfang Mai blindwütig einen Staatsstreich in Laos anzuzetteln, die Koalitionsregierung zu stürzen, um Laos an sich zu reißen. Deshalb ließen sie Truppen an den Grenzen der befreiten Gebiete aufmarschieren und griffen diese an verschiedenen Stellen an. **Aber ihr Komplott scheiterte schmählich an der Wachsamkeit und am Kampf des laotischen Volkes. In Vientiane, Savannakhet, Luang Prabang und anderen Städten demonstrierten Zehntausende von Menschen, griffen die Einrichtungen des als „Hilfsorganisation" getarnten CIA und die amerikanische Botschaft an, forderten den Rücktritt der verräterischen Minister und den Abzug der US-Imperialisten, während die Befreiungsstreitkräfte in Gegenschlägen die Söldnertruppen schlugen, deren Soldaten sich zudem zu Tausenden dem Kommando der Patriotischen Front unterstellten.**

Es ist genauso, wie Nouhak Phoumsavan, Mitglied des ZK der Patriotischen Front am 1. Mai erklärte: „Die amerikanischen Imperialisten können die Niederlage ihrer Marionetten in Laos ebensowenig verhindern, wie den Untergang ihrer Söldner in Vietnam und Kambodscha!"

45 Jahre KP Malayas

Ruhmreicher Kampf - glänzende Erfolge

Am 30. April feierte die Kommunistische Partei Malayas den 45. Jahrestag ihrer Gründung. Die Kommunistische Partei Malayas ist eine ruhmreiche Partei, die immer an den Prinzipien des Marxismus-Leninismus festgehalten hat und einen entschiedenen Kampf gegen den Verrat der modernen Revisionisten geführt hat. In den vergangenen 45 Jahren hat sie die Volksmassen aller Nationalitäten und aller Schichten im Kampf für die neudemokratische Revolution gegen den Imperialismus und seine Lakaien, gegen den Feudalismus zusammengeschlossen und hat seit über 25 Jahren den Weg des revolutionären Volkskrieges eingeschlagen.

Die malaiische Halbinsel ist reich an Boden- und Naturschätzen. Malaiisches Zinn, Bauxit, Wolfram und Gold, sein Kautschuk und die wertvollen Hölzer in den ausgedehnten Wäldern haben in der ganzen Welt Berühmtheit erlangt. Seine geographische Lage zwischen dem Pazifik und dem Indischen Ozean hat vor allem die Stadt Singapur an der Straße von Malakka, durch die fast der gesamte Schiffsverkehr zwischen dem Indischen Ozean und dem Pazifik hindurchgeht, zu einem Zentrum des Welthandels gemacht. Aber die Reichtümer des Landes und seine strategische Lage sind seit jeher das Ziel der Aggression der Imperialisten gewesen, die das Land in ihre Kolonie verwandelten und die Völker grausam unterjochten. Seit 1795 haben die britischen Kolonialisten Malaya ausgeplündert und Singapur zu ihrem „Gilbraltar im Fernen Osten" gemacht. 1941 überfielen die japanischen Faschisten das Land und nach dem Ende des 2. Weltkrieges versuchten die britischen Imperialisten erneut ihre Kolonialherrschaft in Malaya zu errichten. Heute sind es die beiden Supermächte, vor allem die amerikanischen Imperialisten, die in heftiger Rivalität mit den sowjetischen Sozialimperialisten versuchen, die Kontrolle über die malaiische Halbinsel zu erlangen. Die amerikanischen Imperialisten haben seit langem die Regimes von Razak in Malaysia und Kuan Yew in Singapur nicht nur mit Waffen und Geld unterstützt, sondern haben auch den konterrevolutionären Krieg dieser faschistischen Cliquen gegen den Befreiungskampf des malaiischen Volkes direkt organisiert. Ebenso haben die sowjetischen Sozialimperialisten ihnen ihre militärische Unterstützung zugesichert und sich die Rechte gesichert, die Docks und Hafenanlagen Singapurs als Stützpunkt für die Überholung und Versorgung ihrer Flotte zu benutzen. **Die KP Malayas hat daher die Volksmassen aller Nationalitäten zur Wachsamkeit und zum Kampf gegen die beiden Supermächte aufgerufen, so wie sie seit jeher entschlossen an der Spitze des Kampfes für die Freiheit und Unabhängigkeit Malayas gestanden hat.**

1949 hatte die KP Malayas dazu aufgerufen, zu den Waffen zu greifen und die britischen Imperialisten und ihre Lakaien aus dem Land zu verjagen. In den Flammen des antiimperialistischen Kampfes wurde unter ihrer Leitung die Nationale Befreiungsarmee Malayas gegründet, die den revolutionären Volkskrieg gegen die imperialistischen Unterdrücker führt. Geführt von der Partei kämpfte die Befreiungsarmee erfolgreich gegen die 300 000 Mann starke Armee der Razak-Clique, trotzte dem Giftgaskrieg der englischen Imperialisten und zerschlug ihre Strategie der Entvölkerung des Landes durch die Verschleppung zigtausender von Menschen. Im Norden Malayas konnten erfolgreich befreite Stützpunktgebiete errichtet werden und seit 1970 hat sich der bewaffnete Kampf bis in den Süden ausgedehnt und erstreckt sich nun auf fünf Provinzen.

Die KP Malayas hat auch alle Versuche der Imperialisten zurückgeschlagen, die Partei und die Befreiungsarmee von innen her zu erobern. Gerade jetzt hat das von Genossen Tschen Ping geführte ZK der Partei eine Fraktion von Renegaten zerschlagen, die die Partei zu dem Abenteuer bewaffneter Aufstände in den Städten verleiten wollte, anstatt im langandauernden Volkskrieg auszuharren und die Städte vom Land her zu umzingeln.

Die Erfahrungen des 45jährigen Kampfes der Partei zusammenfassend, heißt es daher in der Erklärung des ZK, daß der Sieg *„unserer Revolution nicht durch den Weg der sogenannten ‚parlamentarischen Demokratie' oder durch Aufstände in den Städten gewonnen werden kann, sondern nur dadurch, daß die Städte vom Land her umzingelt werden und die politische Macht durch den bewaffneten Kampf ergriffen wird."* Mag der Weg auch noch schwierig sein, geführt von seiner Partei wird das malaiische Volk letzten Endes im revolutionären bewaffneten Kampf den Sieg erringen.

ES LEBE DIE KP MALAYAS!
ES LEBE DER MARXISMUS-LENINISMUS!

85. Geburtstag von Ho Tschi Minh



Am 19. Mai wäre Genosse Ho Tschi Minh, der große Revolutionär und Führer des vietnamesischen Volkes, 85 Jahre alt geworden. Auf der ganzen Welt ist der Name Ho Tschi Minhs zum Symbol des unbeugsamen Kampfes gegen den amerikanischen Imperialismus geworden. In seinem Geist kämpfte das vietnamesische Volk bis zum endgültigen Sieg über die amerikanischen Aggressoren und ihre Lakaien. In seinem Geist feiert es in diesen Tagen den Sieg als Volk und Nation, die nun „unter demselben Dach wiedervereinigt" ist, die Erfüllung seines Testaments, in dem er 1969 geschrieben hatte: „Wie groß die Schwierigkeiten und Entbehrungen auch sein mögen, es ist gewiß, daß unser Volk den endgültigen Sieg erringen wird. Es ist gewiß, daß eines Tages alle amerikanischen Aggressoren aus unserem Land verjagt werden. Es ist gewiß, daß unser Vaterland wiedervereinigt sein wird. Es ist gewiß, daß unsere Landsleute im Süden und im Norden wie eine Familie zusammenleben werden."

Aus aller Welt

VR CHINA

Provokativ hat eine Delegation schwedischer Parlamentarier einen Besuch in der VR China abgesagt. Vorher hatte die Regierung der VR China einem Abgeordneten der schwedischen revisionistischen Partei, der ebenfalls als Mitglied der Delegation nach China reisen wollte, das Einreisevisum verweigert. Es ist völlig berechtigt, daß es die VR China den modernen Revisionisten, dieser 5. Kolonne der sowjetischen Sozialimperialisten und wütendsten Feinden des sozialistischen China, nicht erlaubt, unter der Tarnkappe eines offiziellen Freundschaftsbesuches im Land herumzureisen.

ZIMBABWE

Im Januar haben die Befreiungskämpfer von Zimbabwe neue Erfolge im Kampf gegen die Soldaten des rassistischen rhodesischen Regimes errungen. Durch einen Hinterhalt gelang es den Freiheitskämpfern einen feindlichen Soldatentransport aufzureiben, acht Soldaten zu töten und eine Menge Waffen und Munition zu erobern. Gleichzeitig zerstörten sie ein Lager der Feinde und setzten mehrere Militärfahrzeuge durch Minen außer Gefecht.

JAPAN

Am 7. Mai hat in Japan ein landesweiter Streik der Transportarbeiter begonnen, an dem sich über zwei Millionen Menschen beteiligen. Die Streikenden fordern höhere Löhne und protestieren gegen die Unterdrückungsmaßnahmen der Behörden.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 und 41 Meter
16.00-16.30	32 und 41 Meter
19.00-19.30	41 und 50 Meter
2. Programm	
14.30-15.00	32 und 41 Meter
18.00-18.30	32 und 41 Meter
21.30-22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)
3. Programm	
6.00-6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)
23.00-23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter (Mittelwelle)

RADIO PEKING

Im Winter	43,7; 42,8 und 38,5 Meter
Im Sommer	26,2 Meter
Jeweils:	19.00-20.00 und 21.00-22.00 Uhr.



32 Meter entspricht 9,26 MHz
41 Meter entspricht 7,23 MHz
50 Meter entspricht 5,95 MHz
215 Meter entspricht ca. 1 400 KHz (Mittelwelle)

An die Genossen, die seit dem 8. Mai vom sozialfaschistischen Regime in Ostberlin gefangen gehalten werden

Genossen!

Am 30. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus seid Ihr mutig für die Verteidigung des revolutionären Erbes des antifaschistischen Kampfes der Sowjetunion Stalins, der europäischen Völker und unseres Volkes, an dessen Spitze die KPD und Ernst Thälmann standen, eingetreten. Ihr habt gegen den sowjetischen Sozialimperialismus und den US-Imperialismus demonstriert, die heute die größten Feinde der Völker sind. Ihr seid gegen die revisionistischen Machthaber im Kreml aufgetreten, die die Sowjetunion, mit Lenin und Stalin an der Spitze einst Bollwerk der Weltrevolution, nach der Zerschlagung der Diktatur des Proletariats durch die Chruschtschow-Clique in einen Staat verwandelt haben, der im Innern eine faschistische Diktatur von der Art Hitlers ist und nach außen eine sozialimperialistische Supermacht, die viele Staaten – wie die DDR – militärisch besetzt und völlig versklavt, in ihnen Marionettenregimes wie die Honnecker-Clique eingesetzt hat.

Heute bedroht der sowjetische Sozialimperialismus alle Völker der Welt mit Aggression und Krieg. Wie der deutsche Imperialismus Hitler von Frieden reden ließ, während er in Wirklichkeit den Krieg vorbereitete, um die Weltherrschaft zu erkämpfen, schwätzen heute die sowjetischen Sozialimperialisten von Abrüstung und Entspannung, während sie in Wirklichkeit fieberhaft aufrüsten, um die Völker der Welt in einen neuen imperialistischen Weltkrieg zu stürzen.

Für die deutschen Antifaschisten, Antiimperialisten und Kommunisten ist es von besonderer Bedeutung, daß die sowjetischen Sozialimperialisten einen Teil unseres Vaterlandes besetzt halten, dort – gestützt auf die neue Bourgeoisie der DDR – ein sozialfaschistisches Regime über unsere Klassenbrüder errichtet haben. Gegen jede fortschrittliche Regung, gegen jeden ihnen bekannten klassenbewußten Arbeiter, wirklichen Antifaschisten, Antiimperialisten und Kommunisten gehen sie mit allen Mitteln des faschistischen Terrors vor. So auch gegen Euch.

Das Zentralkomitee der KPD/ML bekundet Euch seine Solidarität. Die KPD/ML wird den Kampf für Eure Freilassung vorbehaltlos unterstützen und für die Herstellung einer breiten Front der Solidarität eintreten. In Roten Morgen, in den Betriebs- und Stadtteilzeitungen unserer Partei werden wir den Kampf für Eure Freilassung mit der Aufgabe verbinden, die Propaganda zur Entlarvung des sowjetischen Sozialimperialismus und des modernen Revisionismus zu verstärken, den Kampf für die revolutionäre Einheitsfront gegen die beiden Supermächte, gegen die drohende Kriegsgefahr, für die nationalen und sozialen Interessen unseres Volkes voranzutreiben.

Diese unsere Solidarität ist ohne Einschränkung. Wir erklären aber gleichzeitig, daß wir die Aktion selbst für falsch und gefährlich halten. Unsere Westberliner Genossen haben vor der Aktion in Gesprächen mit Vertretern der GRF, die sich selbst hochstaplerisch ‚KPD' nennt, unmißverständlich erklärt, daß dieses Vorhaben entweder große Illusionen über den Charakter des sozialfaschistischen Regimes verrät, oder aber ein verantwortungsloses Verheizen von Genossen durch die GRF-Führer darstellt. Natürlich ist es so, daß es im revolutionären Kampf nicht möglich ist, alle Opfer zu vermeiden, und die deutsche Arbeiterklasse wird auf dem Weg zu ihrer Befreiung noch schwere Opfer bringen müssen. Die Kommunisten aber haben die Pflicht, jedes unnötige und sinnlose Opfer zu vermeiden.

Diese Aktion hat dem Kampf der Werktätigen in der DDR nicht genützt. Ihren Kampf zu unterstützen, heißt gegenwärtig in erster Linie, den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei in der DDR zu unterstützen, die Entfaltung einer breiten Propagandaarbeit zur Entlarvung des sowjetischen Sozialimperialismus und des modernen Revisionismus zu fördern. Das kann nur und muß unter den Bedingungen der strengsten Illegalität geschehen. Diese Aktion hat die konkreten Kampfbedingungen in der DDR aber vollständig negiert. Obwohl in der DDR ähnliche Bedingungen wie unter der Hitler-Diktatur existieren, wurde sie durchgeführt, als handele es sich dort um eine bürgerliche Demokratie. Sie stellte sogar eine Gefährdung von fortschrittlichen Menschen in der DDR dar und hatte nach unseren Informationen Hausdurchsuchungen zur Folge.

Diese Aktion war in ihrer Wirkung einzig und allein darauf berechnet, daß sie durch die bürgerliche Presse in Westdeutschland bekannt gemacht wird. Für die GRF-Führer hatte sie vor allem die Funktion, sich plötzlich mit einem Schlag als „entschiedene Kämpfer gegen den sowjetischen Sozialimperialismus" hinzustellen, nachdem sie jahrelang den Sozialimperialismus verharmlost haben.

Genossen,

Ihr seid die ersten Revolutionäre aus der Bundesrepublik und aus Westberlin, die von dem sozialfaschistischen Vasallenregime der sowjetischen Sozialimperialisten in der DDR ins Gefängnis geworfen wurden. Dieses erneute Verbrechen der Honnecker-Clique wird noch mehr Menschen in unserem Land das wahre Wesen der Machthaber im Kreml, ihrer Lakaien in der DDR erkennen lassen, und der Kampf für Eure Freilassung wird sicherlich breite Unterstützung finden.

Sofortige Freilassung der 18 Gefangenen!
Nieder mit dem sowjetischen Sozialimperialismus und der sozialfaschistischen Honnecker-Clique!
Für die revolutionäre Einheitsfront gegen die beiden Supermächte!
Für die proletarische Revolution in beiden deutschen Staaten!
Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!

Mit solidarischem Gruß

ZK der KPD/ML

5jähriger Türke in der Spree ertrunken

Opfer der Sozialfaschisten

Der 5jährige türkische Junge Cetin Mert spielte mit seinem Freund an der Spree, die an dieser Stelle die Grenze zur DDR bildet. Plötzlich fiel der türkische Junge ins Wasser. Bewohner, die dies gesehen hatten, riefen sofort die Polizei und Feuerwehr. Taucher standen bereit, um das Kind zu retten. Die DDR-Posten verhinderten die Rettung. Sie drohten jeden abzuknallen, der in die Spree springt. Erst später bargen DDR-Taucher die Leiche.

Das ist jetzt schon das fünfte Kind, das an dieser Stelle ertrunken ist. Jedesmal verhinderte die DDR die Rettung mit Waffengewalt

Handelt so ein sozialistisches Land, wie die DDR sich bezeichnet und von der D„K"P der westdeutschen Arbeiterklasse angepriesen wird? Niemals würde ein Land, in dem die Diktatur des Proletariats errichtet ist, so handeln. Die Arbeiterklasse läßt ihre Kinder nicht ertrinken, sondern würde alles tun, um sie zu retten und solche „Unfälle" zu vermeiden. **Die DDR ist kein sozialistisches Land, sondern eine sozialfaschistische Diktatur im Dienste der sowjetischen Sozialimperialisten.** Auch wenn die Honnecker-Clique sich jetzt darauf beruft, daß sie ja schon zwei Jahre mit dem Westberliner Senat über eine Vereinbarung zur Frage der Hilfeleistung in Grenzwässern verhandelt, so kann das nicht über den Mord hinwegtäuschen.

An jeder Grenze, sei es die nach Dänemark, Holland oder Frankreich, wäre das Kind wahrscheinlich gerettet worden. Aber die Sozialfaschisten haben mitten durch die deutsche Nation einen Todesstreifen errichtet. Jeder, der sich in diesen Todesstreifen begibt, wird als Feind angesehen und rücksichtslos abgeknallt. Ob das nun ein Kind ist, das in den Fluß gefallen ist oder ein Arbeiter oder Bauer ist. Hinter dieser barbarischen Grenze hat die Honnecker-Clique einen Teil des deutschen Volkes zusammengepfercht. **Diese Grenze benutzen sie, um das Volk, das sie sich zu ihrem Feind gemacht haben, wie in einem riesigen Gefängnis gefangen zu halten und im Dienste der sowjetischen Sozialimperialisten auszuplündern. Die DDR selbst ist das Aufmarschgebiet der sowjetischen Sozialimperialisten, die ihren Einfluß in Westeuropa vergrößern und festigen wollen, und für diese Politik gehen sie über Leichen.**

Die westdeutschen Imperialisten sind keinesfalls besser. Für sie gilt das Leben eines Kindes genauso wenig. Auch wenn sie sich jetzt als die großen Verfechter der Menschlichkeit und Humanität aufspielen, indem sie behaupten: „Politische und juristische Überlegungen müßten zurücktreten, wenn es darum geht, einen in Lebensgefahr befindlichen Menschen Hilfe zu leisten." Dies ist reine Heuchelei! Warum haben sie denn, nachdem schon vier Kinder ertrunken sind, keinen Zaun gebaut und das Ufer abgesichert? Sie provozieren so natürlich solche „Unglücksfälle" selbst, die sie für ihre Propaganda ausnutzen. Warum passieren denn täglich „Unglücksfälle", wenn die westdeutschen Imperialisten so um das Leben der Menschen besorgt sind? Ihnen ist das Leben der armen Menschen nichts wert.

Die D„K"P steht der Honnecker-Clique natürlich treu zur Seite. Sie lügen der Arbeiterklasse vor, die DDR hätte sofort Rettungsmaßnahmen ergriffen. **Sie verteidigen die sozialfaschistische Politik und erweisen sich auch hier wieder als fünfte Kolonne der Sozialimperialisten, die vom sozialfaschistischen Charakter der DDR ablenken und den Boden für die Aggressionen der Sozialimperialisten bereiten soll.**

Weder die westdeutschen Imperialisten noch die Vasallen Moskaus in der DDR haben ein Interesse, solche „Unfälle" zu vermeiden, sie bringen nur Elend über das Volk. **Ein sicheres und ein Leben ohne Unterdrückung können wir nur erreichen, wenn wir das vereinte, unabhängige, sozialistische Deutschland erkämpfen.**

Abonniert:

RADIO TIRANA Nr. 1

Ausgewählte Sendungen

Radio Tirana erfreut sich seit der Aufnahme der Ausstrahlung deutschsprachiger Sendungen vor über zehn Jahren wachsender Beliebtheit auch in unserem Land. Jeder, der schon einmal Radio Tirana gehört hat, jeder, der mit besonderem Interesse die eine oder andere Sendereihe verfolgt, wird dabei schon einmal bedauert haben, daß es bisher keine Möglichkeit gab, auf diese Sendungen bei bestimmten Gelegenheiten zurückzugreifen, sie im Zusammenhang mit auftauchenden Fragen und Problemen erneut zur Hand zu haben.

Für diese Hörer von Radio Tirana, aber auch für alle, die aus bestimmten Gründen die Sendungen nicht regelmäßig im Radio verfolgen können, ist eine im Rotfront-Verlag neu erschienene Zeitschrift

RADIO TIRANA
Ausgewählte Sendungen

gedacht. In dieser 14tägig erscheinenden Zeitschrift sind – nach Themen geordnet – die wichtigsten der in den jeweils letzten zwei Wochen ausgestrahlten Beiträge von Radio Tirana wiedergegeben. Das Spektrum reicht von grundsätzlichen Artikeln zum Beispiel aus dem Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens, „Zeri i Popullit" zu den brennenden Fragen unserer Zeit, bis zu einzelnen Nachrichten zum Beispiel zum Befreiungskampf der Völker, die von den bürgerlichen Nachrichtenagenturen normalerweise unterschlagen oder verfälscht werden.

Die Zeitschrift ist gegliedert nach folgenden Themenbereichen:

Die beiden Supermächte – die größten Ausbeuter, Unterdrücker und Kriegstreiber; Aus der Front des Befreiungskampfes der Völker und der Länder der Dritten Welt; Der Kampf der Arbeiter und der werktätigen Schichten und die Lage in den kapitalistischen und revisionistischen Ländern; Albanien – Leuchtfeuer des Sozialismus in Europa.

Die erste Nummer von „Radio Tirana – Ausgewählte Sendungen" enthält zusätzlich grundlegende Artikel zum 30. Jahrestag des Sieges über den Faschismus und zur Befreiung Kambodschas.

Diese erste Nummer ist auch als Probe-Exemplar erhältlich.

Wie uns der Rotfront-Verlag mitteilt, wird diese Zeitschrift nur in beschränktem Umfang über den Einzelverkauf erhältlich sein; sie soll vor allem über das Abonnement vertrieben werden.

Radio Tirana – Ausgewählte Sendungen erscheint 14tägig. Einzelheft 2 DM; Vierteljahresabonnement 12 DM.

Zu bestellen bei:
Rotfront-Verlag, 23 Kiel 1, Postfach 3746.
Der Betrag für das Vierteljahresabonnement ist auf das Bankkonto bei der Kieler Spar- und Leihkasse, Kto Nr. 850 060 zu überweisen.

Bestellt das Zentralorgan der KPD/ML



An den
Verlag G. Schubert
46 Dortmund 30
Postfach 30 05 26
hiermit bestelle ich

A) Probenummer ☐ B) Abonnement ab Nr.....

Ich möchte Informationsmaterial ☐ Ich möchte besucht werden ☐

Name, Vorname.........................

Beruf.........................

Postleitzahl/Ort.........................

Straße.........................
(Bitte in Blockschrift ausfüllen)

Datum.............. Unterschrift.........................

Das Abonnement kostet für ein Jahr 30,– DM. Dieser Betrag ist auf das Postscheckkonto Dortmund 417 06 – 466 oder auf das Bankkonto bei der Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 – 393 zu überweisen.

Parteibüros der KPD/ML

BIELEFELD
Buchladen „Roter Morgen", Schloßhofstr. 1. Öffnungszeiten: Mo, Do und Fr: 16.30-18.30, Sa: 9-13 Uhr.

BOCHUM
Dorstenerstr. 86. Öffnungszeiten: Mo-Fr: 17.30-19 Uhr Sa: 10-13 Uhr Tel.: 0234/ 51 15 37

BREMEN
Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Mi: 16-19, Sa 9-13.

DORTMUND
Wellinghofer Str. 103. Tel.: 0231/ 41 13 50. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18 Uhr, Sa: 10-14 Uhr.

DUISBURG
Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.30-19, Sa: 10-13 Uhr

HAMBURG
Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110. Tel.: 040 / 43 99 137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

HANNOVER
Elisenstr. 20. Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di und Do 16.30-19 Uhr, Sa 9-13 Uhr.

KIEL
Thälmann-Buchladen, Reeperbahn 13. Tel.: 0431 / 74 7 62. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13.

KÖLN
Köln-Kalk, Buchforststr. 105 b. Öffnungszeiten: Di und Do 17-19 Uhr, Sa: 9-13 Uhr

LÜBECK
Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

MANNHEIM
Lortzingstr. 5. Tel.: 0621 / 37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17-18.30, Sa 9-13 Uhr.

MÜNCHEN
Buchladen „Roter Morgen", 8 München 2, Thalkirchner Str. 19. Tel.: 089 / 77 51 79. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

MÜNSTER
Bernhard-Ernst-Str. 5 (im Hof). Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.

STUTTGART
Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107. Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

WESTBERLIN
Buchladen „Roter Morgen", 1 Berlin 65, Schererstr. 10. Tel.: 030 / 465 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

Neuerscheinung im Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking



Preis: 3,35 DM.

Bestellungen an:
Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus
2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49.

Parteiveranstaltung

HAMBURG
Kulturabend: „Revisionistische Kunst – Gift der Bourgeoisie". 31. Mai, 18-21 Uhr, „Zum Alten Sängerheim", Oelkers Allee 5.

JUGENDTREFFS DER ROTEN GARDE

DORTMUND
Mittwochs, 16.30 Uhr, „Haus Pudenz", Lortzingstraße.

HAMBURG
Dienstags, 19 Uhr, „Langenhorner Bürgerhaus", Tangstedter Landstr. 41, direkt am U-Bahnhof Langenhorn-Markt.

MÜNCHEN
Mittwochs, 19 Uhr, Balan-Bierhalle (Nähe Reisenheimer Platz).

WUPPERTAL-Elberfeld
Donnerstags, 19 Uhr, Gaststätte „Cramer", Gertrudenstr. / Ecke Hombüchel.

EXTRABLATT

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

EXTRABLATT | 9. Jahrgang | MAI 1975

Arbeitslosigkeit- ein Grundübel des Kapitalismus

„Der Aufschwung steht bevor"; „Eine leichte Verbesserung der Konjunkturlage zeichnet sich ab . . ." Wer kennt nicht all diese Sprüche aus den Fernsehinterviews mit Regierungsvertretern oder aus den sogenannten „Wirtschaftsgutachten", die immer wieder zu dem Schluß kommen: „Eigentlich steht es doch noch ganz gut."

Trotz all diesem Gerede aber bewegt sich die Zahl der Arbeitslosen schon fast ein halbes Jahr über der Millionengrenze. Zwei Millionen Arbeiter, Lehrlinge, kleine und mittlere Angestellte sind zur Zeit direkt von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit betroffen. Für sie alle steht mehr oder weniger die Frage: „Wie komme ich da nur durch? Die Miete, die Raten, die Familie?"

Für die meisten von Kurzarbeit betroffenen Kollegen sind die Sorgen um das Auskommen von Monat zu Monat größer geworden. Vor allem aber für die arbeitslosen Kollegen. Während die bürgerliche Propaganda verbreitet, arbeitslos zu sein, sei heute kein Unglück mehr, der Staat würde für alles sorgen, so wissen die betroffenen Kollegen nur zu gut, daß das glattweg gelogen ist. Viele von ihnen müssen allein bis zu drei Monate warten, ehe sie das erste Geld vom Arbeitsamt bekommen. Aber die fälligen Zahlungen, Miete, die Raten für die letzte Anschaffung? Das stundet keiner. Einschränken und noch mal einschränken. Fleisch auf dem Mittagstisch? – Gestrichen. Neue Sommerkleidung? – Die alte muß reichen. Und das wenige Ersparte, unsere „Sicherheit", ist nur allzu schnell aufgebraucht.

Was viele Kollegen in diesen Tagen und Monaten deutlicher spüren als in den Jahren zuvor, ist: Es gibt für sie im Kapitalismus keine Sicherheit. Nur wenige Wochen sind nötig, vielleicht ein halbes Jahr, und schon sitzen sie da mit Sorgen über Sorgen, wie das mit der Familie weitergehen soll.

Aber es ist nicht nur die wirtschaftliche Sorge um das Auskommen, sondern es ist auch diese elende Demütigung. Vor allem dieser Gang zum Arbeitsamt. Stundenlanges Warten, um immer wieder Formulare über Formulare auszufüllen, immer wieder dieselben Fragen – nur eines nicht: Arbeit. Wir, die wir mit unserer Hände Arbeit den Reichtum dieser Gesellschaft geschaffen haben, werden wie lästige Bettler behandelt, die mit Bittstellermiene zu erscheinen haben. Und hast Du ein Angebot, kommst zu einem Personalchef, dann merkst Du, wie die sortieren, wie sie Dir zeigen: „Wir haben die große Auswahl.": „Was für Krankheiten haben Sie gehabt? Sind Sie schon mal rausgeflogen? Wie alt sind Sie denn eigentlich schon?" – und es ist wie auf dem Sklavenmarkt. Hat die Ware einen kleinen Makel, dann wird sie nicht genommen – es sei denn zu stark herabgesetztem Preis.

Auch bei den anderen Kollegen, die noch voll Arbeit haben, stimmt die Kasse nicht mehr. Lohnraubabschlüsse – die „Stabilitätsabkommen" des DGB-Apparates, Kürzungen übertariflicher Leistungen, Umbesetzungen innerhalb des Betriebes haben den Reallohn und nicht selten auch den Geldlohn sinken lassen. Die Kapitalisten nutzen die Existenz des Arbeitslosenheeres, das sie geschaffen haben, skrupellos aus, um noch mehr Profit aus ihren Lohnsklaven herauszupressen. „Rationalisierung" heißt ihre Devise. Das bedeutet: weniger Arbeiter, aber die gleiche, wenn nicht noch höhere Produktionsleistung wie vorher. Oft werden sogar Leute entlassen, während die restlichen Überschichten schinden müssen. Steigende Unfallzahlen, Zerrüttung der Gesundheit – das ist die Folge. Nur nicht krank werden – das ist bei vielen Kollegen zu einer der größten Sorgen geworden. Grippe, Rheuma, Kreislauf, das zählt schon gar nicht mehr. Bei Audi NSU z.B. sank der Krankenstand von 9,8% im Jahr 73 auf 6,8% im Jahr 74 und im Januar 75 sogar auf 4,3%. Das bedeutet: tausende Kollegen schleppen sich trotz Krankheit zur Arbeit – was kümmert's die Kapitalisten. Für ihren Profit sind sie schon immer über Leichen gegangen.

Doch die Verschärfung der Lage **ist nicht spurlos am Bewußtsein der Arbeiterklasse vorübergegangen. Viele Kollegen, die vielleicht vor ein, zwei Jahren selbst noch sagten: „Was wollt ihr Kommunisten denn, uns geht es doch ganz gut", sehen heute klarer: In dieser Gesellschaftsordnung – auch wenn es dem eigenen Selbstbewußtsein zuwider ist – ist man für die herrschende Klasse, die Kapitalisten ein Nichts, nur ein Dreck, jemand, den sie ausbeuten, ausmisten und dann auf den Abfall werfen können – wie es für sie gerade am günstigsten ist.**



Gegen Arbeitslosigkeit, Lohnraub, Teuerung und politische Unterdrückung – vereinigt Euch im revolutionären Klassenkampf gegen den Kapitalismus und seine Handlanger.

Die Maßnahmen der Regierung: Milliarden für die Monopole, Ausplünderung der Werktätigen

Vom kapitalistischen Staatsapparat, von der Regierung ist nicht die geringste Hilfe zu erwarten. Das haben die Bonner „Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit", das sogenannte „Konjunkturprogramm" nachhaltig deutlich gemacht. Für die Monopole gibt es Milliarden, aber für die Werktätigen nur Lohnleitlinien, Opfer, die gebracht werden sollen und in Bälde wieder eine Steuererhöhung.

Mit sieben bis acht Milliarden sollen laut Programm die „privaten Investitionen gefördert" werden. Für jede Maschine, jedes neue Produktionsgebäude zahlt der Staat den Kapitalisten einen Zuschuß von 7,5% des Anschaffungspreises. Aber investieren die Kapitalisten etwa, um Arbeitsplätze zu schaffen oder zu sichern? Im Gegenteil, sie investieren, um sich möglichst hohe Profite zu sichern. Und in der Überproduktionskrise heißt das vor allem, daß sie investieren, um die Rationalisierung voranzutreiben. Auf diese Weise versuchen sie gerade den für Löhne aufzuwendenden Teil des Kapitals so gering wie möglich zu halten. Diese Milliarden dienen also praktisch dazu, Arbeitsplätze wegzurationalisieren. So werden unter dem Vorwand, Arbeitsplätze zu sichern, vom kapitalistischen Staatsapparat den Monopolen Milliarden als Subventionen zugeschustert, die er durch die Ausplünderung der Werktätigen über Steuern und Geldentwertung finanziert.

Doch dieser Staatsapparat schanzt den Monopolen nicht nur Milliarden Subventionen auf unsere Kosten zu, sondern als Herrschafts- und Gewaltapparat ist er es, der mit seiner Polizei, mit seiner Armee die Niederhaltung der Arbeiterklasse garantieren soll. Wer erinnert sich nicht, als im August 73 zehntausende Kollegen gegen die Verratsabschlüsse des reaktionären DGB-Apparates sich erhoben, in den Streik traten und Tausende ihre Betriebe besetzten, wie da Polizeitruppen zur Niederschlagung der Streiks bei Hella in Lippstadt, bei Pierburg in Neuß und bei Ford in Köln eingesetzt wurden, weil die geschlossene Kampffront durch leere Versprechungen nicht aufgeweicht werden konnte.

Der kapitalistische Staatsapparat ist und bleibt ein Instrument der Monopole gegen die Arbeiterklasse. Niemals mit seiner „Hilfe", sondern nur im Kampf gegen ihn können wir auch die Angriffe der Kapitalisten zurückschlagen.

Welche Rolle spielt der DGB-Apparat?

Was sollen wir tun? Die Faust in der Tasche ballen und ducken? Oder uns zum Widerstand gegen Kapital und Staatsapparat zusammenschließen? Da kommen dann die DGB-Bonzen und warnen uns: „Kollegen, seid vernünftig! Jetzt müßt ihr eben mal Opfer bringen, damit es aus der Talsohle wieder hinausgeht. Wirtschaftliche Vernunft verlangt stabilitätsgerechte Forderungen!" Aber was ist das für eine „Vernunft", die sie von uns verlangen? Das Beispiel von Audi NSU zeigt das nur allzu anschaulich. Zu Anfang hieß es von den Gewerkschaftsführern: „Bei den Tarifforderungen muß zurückgesteckt werden, um die Kurzarbeit zu verhindern." Damit erzwangen sie den Lohnraubabschluß. Dann hieß es: „Wer keine Entlassungen will, der muß sich auf Kurzarbeit einlassen – die Gewerkschaft tut natürlich ihr möglichstes." Nun aber heißt es: „Wer eine Schließung verhindern will, der muß einigen tausend Entlassungen zustimmen." Und das Ergebnis dieser „Vernunft"? Lohnkürzungen und Abbau sozialer Leistungen und unmenschliche Verschärfung der Arbeitshetze und Kurzarbeit und Entlassungen. **Von 13 000 Arbeitern bei Audi NSU Anfang des letzten Jahres werden am Ende dieses Jahres noch ganze 5 000 übrig sein. Und auch sie werden weiterhin um ihren Arbeitsplatz fürchten müssen.**

Euer Schicksal, sagen sie, steht und fällt mit dem Betrieb. Die Vertreter des Gewerkschaftsapparates wollen uns damit weismachen, zwischen den Arbeitern und den Kapitalisten bestehe eine „gemeinsame Interessenbasis". In ihrer Mitbestimmungspropaganda nennen sie dieses angebliche gemeinsame Interesse zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten des öfteren beim Namen: die „Rentabilität" der Betriebe. **Wenn die Gewerkschaftsbonzen sagen, wir Arbeiter und kleinen Angestellten hätten ein Interesse an der Rentabilität der Betriebe, dann können sie ebenso gut sagen, wir hätten ein Interesse an der ständigen Verschärfung der Arbeitshetze, an der Herabdrückung der Löhne auf ein Minimum. Denn Rentabilität im Kapitalismus, die ist dann gewährleistet, wenn die Produktionskosten möglichst niedrig gehalten, d.h. vor allem, wenn möglichst wenig für Arbeitslöhne, „soziale Leistungen", menschenwürdige Arbeitsbedingungen usw. verausgabt wird. Und nichts anderes ist der Sinn und Zweck der Mitbestimmung.** Beispiel dafür ist die Montanunion, sind Betriebe wie Krupp, Hoesch, Mannesmann usw., wo es schon lange die Mitbestimmung gibt und wo die DGB-Führer ausdrücklich betont haben, daß die Mitbestimmung sich günstig auf die Rentabilität auswirkt. Wer weiß, wie z.B. bei der August-Thyssen-Hütte in Duisburg die Arbeitshetze so gesteigert worden ist, daß alle drei Wochen ein tödlicher Arbeitsunfall passiert, wie bei Krupp Kurzarbeit eingeführt wurde, wie bei Hoesch alle Register

an Rationalisierungsmaßnahmen gezogen werden, der wird klarer verstehen, was die DGB-Bonzen mit Mitbestimmung meinen: weitere Knechtung der Arbeiterklasse.

Natürlich treten die DGB-Führer nicht immer offen auf. Wo der Gewerkschaftsapparat nicht verhindern kann, daß es zu Kampfaktionen kommt, da ändert er seine Taktik und gibt vor, den Kampf zu unterstützen, ja sogar an der Spitze des Kampfes zu stehen. So z.B. bei Mannesmann/Demag in Kalldorf oder bei Seibel und Söhne in Erwitte. Doch auch hier tut er es nur, um die entschlossene Kampffront, die sich dort gebildet hat, zu brechen und wirksame Kampfmaßnahmen der Arbeiter zu verhindern. So haben die Gewerkschaftsführer in Erwitte, wo die Arbeiter erfolgreich den Betrieb besetzt hielten, mit Lügen und Demagogie darauf gedrungen, die Kollegen sollten sich doch aufs Arbeitsgericht verlassen und ihre Besetzung aufgeben. Die Kampffront der Kollegen in Erwitte wurde dadurch geschwächt: Eine Betriebsbesetzung ist ein wirksames Kampfmittel – aber Vertrauen auf das Arbeitsgericht? Tausende Kollegen, die gegen ihre Entlassung vor dem Arbeitsgericht geklagt haben, mußten erfahren, daß diese Gerichte als Institutionen des kapitalistischen Staatsapparates nicht anders im Namen der Kapitalistenklasse Recht sprechen, wie die anderen Gerichte auch.

Was bezwecken die DGB-Bonzen, wenn sie systematisch Illusionen über das kapitalistische System unter den Arbeitern verbreiten, wenn sie zugleich vor jeder wirklichen Kampfaktion drohend den Finger erheben, daß dann alles noch schlimmer würde? Es geht ihnen darum, planmäßig auf die Spaltung und Zersetzung der Kampffront hinzuarbeiten, um dann im geeigneten Moment offen abzuwiegeln und den Kampf abwürgen zu können. Ihre Heimtücke und Gemeinheit kennt dabei keine Grenzen.

Gegen Arbeitslosigkeit, Lohnraub, Teuerung konsequent anzukämpfen, heißt nicht nur Kapital und dem kapitalistischen Staatsapparat unversöhnlich gegenüberzustehen, sondern ebenso dem DGB-Apparat. Der Funktionärsapparat des DGB gehört ja selbst zu einem der größten Konzerne der Bundesrepublik (Bank für Gemeinwirtschaft, Neue Heimat, Coop usw.) und er ist völlig mit dem monopolkapitalistischen Staat verwachsen und verfilzt. Man kann die Bonzen nicht „abwählen" oder den Gewerkschaftsapparat „demokratisieren", genauso wenig, wie man den bürgerlichen Staat „demokratisieren" oder „reformieren" kann. **Wie der Staat das Herrschaftsinstrument des Kapitals gegen die Arbeiterklasse ist, so ist der Gewerkschaftsapparat ein Unterdrückungsinstrument des Kapitals in den Reihen der Arbeiterklasse selbst.** Das machen allein schon die immer häufigeren Ausschlüsse aus den Gewerkschaften deutlich. Wer sich konsequent gegen Kapital und Staat einsetzt, wer die Politik der Klassenversöhnung des DGB-Apparates entlarvt, der fliegt schon als einfaches Mitglied raus – geschweige denn, daß er irgendwelche Funktionen erobern könnte – und wenn er tausendmal die Mehrheit hinter sich hat. Und mehr noch – oft genug sind es sogar die Betriebsratsbonzen des DGB selbst, die dafür sorgen, daß solche kämpferischen Kollegen nicht nur aus der Gewerkschaft, sondern auch noch aus dem Betrieb fliegen.



Gegen den Regierungsmai des DGB-Apparates: Roter 1. Mai in Dortmund 1975.

Der Betrug der D'K'P-Revisionisten

Die Krise – für die Werktätigen gleichbedeutend mit Lohnraub, Teuerung, Arbeitslosigkeit und wachsendem Elend – läßt sich im Kapitalismus nicht beseitigen. Sie ist untrennbar mit ihm verbunden. Es ist die Jagd der Monopole nach Höchstprofiten, die für die Arbeiter stets schärfere Ausbeutung bedeutet. Sie bedeutet, daß das gesamte arbeitende Volk durch die Monopole rücksichtslos ausgeplündert wird. Millionen arme und mittlere Bauern und kleine Gewerbetreibende in der Stadt werden ruiniert. Mit Hilfe des Staatsapparates wird die Inflation angeheizt und die Steuerschraube immer fester um den Geldbeutel des kleinen Mannes gezogen. Im Ergebnis dieser Ausplünderungspolitik verarmen immer größere Schichten der Gesellschaft und das Elend unter den werktätigen Menschen wächst.

Gleichzeitig aber weiten die Monopole ihre Produktion aus auf Teufel 'komm raus. Denn wer seine Arbeiter am Tag 1 000 Autos fertigzustellen zwingt, produziert mit größerem Profit als der Konkurrent, der nur 500 Stück vom Band gehen läßt. Ist es denn da verwunderlich, daß in einem solchen Ausbeutersystem plötzlich ein scharfer Gegensatz aufklafft zwischen einem riesenhaft anwachsenden Angebot an bestimmten Waren auf der einen Seite und einer viel zu schwachen, sich ständig verringernden zahlungsfähigen Nachfrage auf der anderen Seite? Das Gesetz der kapitalistischen Konkurrenz, der Anarchie der Produktion führt unweigerlich und gesetzmäßig immer wieder zu diesen Überproduktionskrisen, wo in immer größerem Maße Waren da sind – aber die werktätigen Massen, die sie schließlich geschaffen haben, sie dennoch nicht kaufen können. Das geht soweit, daß die Arbeiter hungern, Kinder Hungers sterben müssen, während zugleich Lebensmittel im Überfluß vernichtet werden. Diese Krisen zeigen in offenster Form, daß der Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital unversöhnlich ist.

Die modernen Revisionisten der D„K"P aber treten auf, als hätten sie nun das Ei des Columbus gefunden, um den Kapitalismus von den Krisen zu befreien: „Man muß die Kaufkraft der Massen erhöhen und die Preise stoppen, damit die Waren verkauft werden können und die Produktion weiter gehen kann. Das ist doch auch im Interesse des Kapitals. Dann werden auch die Arbeitsplätze sicherer und es geht wieder bergauf mit unserer Wirtschaft."

Vorsicht Kollegen! Das läuft genau wieder darauf hinaus, daß es gemeinsame Interessen zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern geben soll. Und dahinter steckt nichts als gemeiner Bluff. Wenn die Erhöhung der Massenkaufkraft sowohl im Interesse der Kapitalisten als auch im Interesse der Werktätigen wäre, warum sind dann die Kapitalisten noch nicht selbst auf diesen „famosen Einfall" gekommen? Die Kapitalisten denken doch nicht einmal im Traum daran, den Arbeitern freiwillig mehr Lohn zu geben. Das würde ja schließlich ihren Profit schmälern. Nehmen wir aber einmal an, infolge eines mächtigen Streiks würde die Kaufkraft der werktätigen Massen spürbar ansteigen – was wäre unweigerlich die Folge? Abgesehen davon, daß die Monopole durch Preissteigerungen, durch verschärfte Inflation, durch Steuererhöhungen usw. den Arbeitern die Lohnerhöhung in kurzer Zeit wieder gestohlen hätten, würde infolge gestiegener Nachfrage jeder Kapitalist die Produktion sofort wie wild erweitern und nach einiger Zeit wäre die Überproduktion mindestens genau so verheerend wie zuvor.

Schon diese einfachen Überlegungen zeigen, daß die Forderung der D„K"P nach „Kaufkrafterhöhung" Unsinn ist. Was die Frage eines Preisstopp-Gesetzes betrifft, so zeigt bereits die Erfahrung in den USA, daß bisher jedes derartige Gesetz zwar nichts am Steigen der Preise änderte, daß es aber immer als Vorwand für ein Einfrieren der Löhne ausgenutzt wurde. Überhaupt würde der kapitalistische Staatsapparat niemals Gesetze schaffen, die sich gegen das Kapital richten.

Sind die D„K"P-Führer denn zu dumm, um die Unsinnigkeit ihrer Losungen zu erkennen? Nein, keineswegs! Sie stellen solche Forderungen auf, weil sie damit die Arbeiter davon abhalten wollen, die Ursachen von Arbeitslosigkeit und Teuerung zu erkennen und zu bekämpfen. Sie wollen darüber hinwegtäuschen, daß Krisen im Kapitalismus unvermeidlich sind und daß sie nur beseitigt werden können durch die Beseitigung des Kapitalismus. Sie sind Verräter an den Lehren des Marxismus-Leninismus, die Begriffe des Marxismus-Leninismus, einzelne – oft sogar noch entstellte – Zitate von Marx, Engels und Lenin nur darum benutzen, um ihren Verrat zu tarnen. Sie hoffen, daß auf diese Weise die Massen ihnen Glauben schenken, wenn sie von der Reformierbarkeit des Kapitalismus, vom friedlichen Reformweg zum Sozialismus schwatzen. Sie sind eine Agentur der Bourgeoisie in den Reihen der Arbeiterklasse, die nur den einen Zweck verfolgt: die kapitalistische Knechtschaft zu verewigen.

Was die Revisionisten für üble Verräter sind, zeigt sich deutlich auch an ihrer Parole „Ostverträge sichern Arbeitsplätze". Den Krupp und Co. haben diese Verträge gewiß die Profite gesichert – aber für die Krupp-Arbeiter heißt es in den nächsten drei Monaten nicht anders als für hunderttausende andere: Kurzarbeit. Tatsächlich nutzt die D„K"P den Wunsch der Kollegen nach sicheren Arbeitsplätzen aus, um das Vordringen des sowjetischen Sozialimperialismus zu begünstigen und die Ohren unseres Volkes für das Waffengerassel der neuen Zaren im Kreml taub zu machen. Und die sowjetischen Sozialimperialisten rüsten währenddessen wie wild, um eines Tages gewaltsam Westeuropa ihrem Völkergefängnis einzugliedern. **Das zeigt klar, daß die D„K"P-Revisionisten nicht nur Agenten der westdeutschen Kapitalistenklasse sind, sondern auch teuer bezahlte Handlanger der Moskauer Kriegsbrandstifter.**

Vereinigt Euch im revolutionären Klassenkampf!

Anhaltende Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit, immer schlimmere Arbeitshetze in den Betrieben, Verschärfung der Ausbeutung – all das hat den Klasseninstinkt vieler Kollegen geschärft und läßt sie klarer erkennen: **Auch in den geringsten Tageskämpfen führt kein Vertrauen auf die Kapitalisten, den Staat oder den reaktionären Gewerkschaftsapparat zum Ziel, sondern auch im Kampf um mehr Lohn, bessere Arbeitsbedingungen usw. werden Erfolge nur im unversöhnlichen revolutionären Klassenkampf erstritten. Sie werden erstritten im Kampf gegen die allseitigen Versuche der Bourgeoisie, in die Reihen der Arbeiter Resignation und Spaltung durch den DGB-Apparat und die D„K"P-Revisionisten hineinzutragen. Erfolge werden dann errungen, wenn die klassenkämpferischen Kollegen sich auf revolutionärer Grundlage zusammenschließen, wenn sie innerhalb der Gewerkschaften sich gegen die reaktionäre Führung zu einer Revolutionären Gewerkschaftsopposition zusammenschliessen, die in der Lage ist, in den Kämpfen der Arbeiter gegen die Einschüchterungs- und Ablenkungsmanöver des DGB-Apparates und der D„K"P-Revisionisten den Kollegen eine revolutionäre Führung zu geben, auf die sie sich stützen können, um die sie sich im Kampf zusammenschließen können.**

Eine solche Revolutionäre Gewerkschaftsopposition wird in den Tageskämpfen des Proletariats unter der Führung der Kommunistischen Partei, der KPD/ML, eine wirkliche Schule für den Kampf um die proletarische Revolution sein. Denn auch der revolutionär geführte Tageskampf gegen Arbeitslosigkeit, Lohnraub, Teuerung und politische Unterdrückung wird der Arbeiterklasse im Kapitalismus keine gesicherte Existenz erringen können. **Krise, Arbeitslosigkeit und Lohnraub – sie können nur beseitigt werden durch die Beseitigung des Kapitalismus selbst, durch den Sturz der Kapitalistenklasse und die Zerschlagung ihres Herrschafts- und Unterdrückungsinstrumentes, den kapitalistischen Staatsapparat. Nur die Zerstörung der alten Ausbeuterordnung durch die proletarische Revolution und die Errichtung des Sozialismus unter der Diktatur des Proletariats wird der kapitalistischen Krisenwirtschaft ein Ende setzen. Dann wird die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen endgültig abgeschafft, die Grundlage für Krise und Elend der Massen beseitigt sein.**

Das sozialistische China und das sozialistische Albanien zeigen, daß diese Lehren des Marxismus-Leninismus sich vollauf bestätigen, daß es tatsächlich einen Ausweg für die werktätigen Massen aus dem Ausbeuterjoch gibt. Umgeben von einer faulenden, sterbenden, parasitären kapitalistischen Welt, die von einer tiefen und unheilbaren Krise zerfressen wird, steht der Sozialismus in Albanien und China wie Stahl. Dort gibt es keine Arbeitslosigkeit, keine Inflation und Teuerung, keine Ausbeutung der werktätigen Massen, denn dort sind die Arbeiter die Herren im Lande und bauen voller Stolz unter Führung ihrer kommunistischen Partei eine Gesellschaft im Dienste des Menschen auf.

Dieses Ziel auch in Deutschland zu erringen, kämpft mit der KPD/ML für die sozialistische Revolution!

GEGEN ARBEITSLOSIGKEIT, LOHNRAUB, TEUERUNG UND POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG! VEREINIGT EUCH IM REVOLUTIONÄREN KLASSENKAMPF GEGEN DEN KAPITALISMUS UND SEINE HANDLANGER!

VORWÄRTS ZUM AUFBAU EINER REVOLUTIONÄREN GEWERKSCHAFTSOPPOSITION!

VORWÄRTS MIT DER KPD/ML!

FÜR EIN VEREINTES, UNABHÄNGIGES, SOZIALISTISCHES DEUTSCHLAND!

Bestellt das Zentralorgan der KPD/ML

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Gernot Schubert, Bochum. Verlag: G. Schubert, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36. Bestellungen an: 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26

ROTER MORGEN

A) Probenummer ☐ B) Abonnement ab Nr.....

Ich möchte Informationsmaterial ☐ Ich möchte besucht werden ☐

Name, Vorname ....

Beruf ....

Postleitzahl/Ort ....

Straße ....

(Bitte in Blockschrift ausfüllen)

Datum .... Unterschrift ....

Das Abonnement kostet für ein Jahr 30,- DM. Dieser Betrag ist auf das Postscheckkonto Dortmund 417 06 – 466 oder auf das Bankkonto bei der Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 – 393 zu überweisen.

Parteibüros der KPD/ML

BIELEFELD
Buchladen „Roter Morgen", Schloßhofstr. 1. Öffnungszeiten: Mo, Do und Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

BOCHUM
Dorstenerstr. 86. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.30-19 Uhr, Sa 10-13 Uhr. Tel. 0234/ 51 15 37

BREMEN
Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Mi 16-19, Sa 9-13

DORTMUND
Wellinghofer Str. 103. Tel. 0231/ 41 13 50. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18 Uhr, Sa 10-14 Uhr.

DUISBURG
Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.30-19, Sa 10-13 Uhr

HAMBURG
Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110. Tel. 040 / 43 99 137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

HANNOVER
Elisenstr. 20. Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di und Do 16.30-19 Uhr, Sa 9-13 Uhr.

KIEL
Thälmann-Buchladen, Reeperbahn 13. Tel.: 0431 / 74 7 62. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13.

KÖLN
Köln-Kalk, Buchforststr. 105 b. Öffnungszeiten: Di und Do 17-19 Uhr, Sa 9-13 Uhr

LÜBECK
Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

MANNHEIM
Lortzingstr. 5. Tel.: 0621 / 37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17-18.30, Sa 9-13 Uhr.

MÜNCHEN
Buchladen „Roter Morgen", 8 München 2, Thalkirchner Str. 19. Tel.: 089 / 77 51 79. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr

MÜNSTER
Bernhart Ernst Str. 6. Öffnungszeiten: Mo. – Fr. 16 – 18.30 Uhr, Sa. 11 – 14 Uhr

STUTTGART
Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107. Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

WESTBERLIN
Buchladen „Roter Morgen", 1 Berlin 65, Schererstr. 10. Tel.: 030 / 465 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.